

NATIONALER AKTIONSPLAN ZUR UMSETZUNG VON RESOLUTION 1325 (2000) DES SICHERHEITSRATES DER VEREINTEN NATIONEN

Zehnter Umsetzungsbericht

Die österreichische Bundesregierung bekennt sich zu den Zielen der am 31. Oktober 2000 einstimmig vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN-SR) verabschiedeten Resolution 1325 (2000) zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit/Women, Peace Security (WPS)“ und hat am 8. August 2007 den ersten Nationalen Aktionsplan (NAP 1325) mit konkreten Maßnahmen zur Umsetzung dieser Resolution beschlossen. Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Annahme der Resolution 1325 wurde eine Überprüfung der nationalen Zielsetzungen und Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution beschlossen, deren Ergebnis der am 24. Jänner 2012 beschlossene überarbeitete Nationale Aktionsplan ist.

Zur Weiterentwicklung des Aktionsplans wurde unter Federführung des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) eine Arbeitsgruppe eingerichtet, der Vertreterinnen und Vertreter aller beteiligten Ressorts sowie der Austrian Development Agency (ADA) angehören. Diese Arbeitsgruppe erstellt jährlich einen Umsetzungsbericht.

Der vorliegende zehnte Umsetzungsbericht der Arbeitsgruppe erfasst den Zeitraum vom 1. Jänner 2018 bis 31. Dezember 2018. Er schließt an den neunten Umsetzungsbericht an, der am 19. Dezember 2018 vom Ministerrat angenommen wurde und bietet einen Überblick über den Stand der Umsetzung des überarbeiteten NAP bzw. über die von den einzelnen Ressorts und der ADA gesetzten Maßnahmen zur Förderung von Frauen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen.

Im überarbeiteten NAP aus dem Jahr 2012 ist festgehalten, dass im Jahr 2016 unter Einbindung der Zivilgesellschaft eine Überprüfung der Wirksamkeit des Aktionsplans stattfinden wird, wobei die Arbeitsgruppe den Aktionsplan an neue Entwicklungen anpassen und Maßnahmen ändern bzw. ergänzen kann. Seitens des BMEIA wurden die Ressorts sowie relevante Zivilgesellschaftsorganisationen damit befasst. Es hat sich dabei kein unmittelbarer Bedarf für eine Überarbeitung ergeben, jedoch wird die Frage einer weiteren Anpassung des NAP insbesondere auch im Lichte der Entwicklungen auf internationaler und europäischer Ebene kontinuierlich weiterverfolgt werden.

1. Aktivitäten in Österreich

1.1 Koordination, Monitoring und Berichtslegung

BMEIA

- Das BMEIA koordinierte die aus Vertreterinnen und Vertretern des BMEIA, des Bundeskanzleramts (BKA, Sektion Frauen und Gleichstellung), des Bundesministeriums für Inneres (BM.I), des Bundesministeriums für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ), des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV) und der ADA bestehende Arbeitsgruppe zur Umsetzung bzw. Weiterentwicklung des NAP 1325 unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft.
- Der am 19. Dezember 2018 vom Ministerrat angenommene neunte Umsetzungsbericht zum NAP wurde an das Parlament weitergeleitet und auf der Webseite des BMEIA und des BKA veröffentlicht.
- Der neunte Umsetzungsbericht wurde auch an alle österreichischen Botschaften und Vertretungsbehörden sowie alle relevanten Abteilungen des BMEIA mit dem Ersuchen weitergeleitet, die Umsetzung des NAP weiter voranzutreiben und über relevante Projekte und Initiativen zu berichten.
- Das BMEIA veröffentlichte im Berichtszeitraum 13 Presseausendungen und 92 Tweets mit inhaltlichem Bezug zu Resolution 1325.
- Konkrete Anliegen der Zivilgesellschaft wurden im Berichtszeitraum in erster Linie im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des 9. Umsetzungsberichts geäußert, in dessen Erstellung die Zivilgesellschaft eingebunden war. Das BMEIA stand dabei in direktem Kontakt mit den Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, folgte deren Einladungen zu Treffen zum Informationsaustausch und war darum bemüht, den Anliegen so weit wie möglich Rechnung zu tragen.

1.2 Rekrutierung für internationale Friedensoperationen, Nominierungen für Führungspositionen in internationalen Organisationen und für Wahlbeobachtungen

BMEIA

- Im Berichtszeitraum wurden von Österreich 39 Personen, davon 19 Frauen (48,72%), für Wahlbeobachtungsmissionen in Drittstaaten nominiert. Alle 39 nominierten Österreicherinnen und Österreicher hat das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) tatsächlich auf die durchgeführten Wahlbeobachtungsmissionen entsandt.
- Österreich tritt stets für einen höheren Frauenanteil innerhalb der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ein, insbesondere in Leitungsfunktionen, im OSZE-Sekretariat, den OSZE-Institutionen sowie in den OSZE-Feldpräsenzen. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 24 zivile Personen an die OSZE-Feldpräsenzen sekundiert, davon waren sieben (29,16%) weiblich.
- Zudem arbeiteten acht Österreicherinnen und Österreicher, davon fünf Frauen (62,5%), in internationalen Vertragspositionen im Sekretariat der OSZE in Wien, den OSZE-Institutionen und OSZE-Feldpräsenzen. Drei dieser Frauen waren im OSZE-Sekretariat angestellt, eine Frau arbeitete im ODIHR in Warschau sowie eine beim OSZE Beauftragten für die Freiheit der Medien (RFOM).

BM.I

- Im Berichtszeitraum waren insgesamt 18 Polizistinnen und Polizisten, davon vier Frauen (22,22%), in insgesamt vier verschiedenen Krisenmanagementeinsätzen der Europäischen Union (EU) eingesetzt.
- Zur Mission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) hat das BM.I zwei Polizistinnen (100 %) im Beobachtungszeitraum entsandt.
- Die Auswahl des eingesetzten Personals erfolgt zur Gänze durch die EU bzw. die Vereinten Nationen (VN). Das bedeutet in der Praxis, dass sich die Polizistinnen und Polizisten im Wege des BM.I bei der EU oder den VN in der jeweiligen Mission bewerben. Auf die weitere Personalauswahl dieser beiden internationalen Organisationen hat das BM.I keinerlei Einfluss.
- Bei der UNMIK-Mission der VN im Kosovo waren wiederum zwei österreichische Polizistinnen im Beobachtungszeitraum als Verbindungsbeamtinnen zur kosovoalbanischen Polizei, zur Rechtsstaatlichkeitsmission der EU im Kosovo (EULEX-Mission) und zu anderen internationalen Organisationen im Einsatzgebiet eingesetzt.

BMVRDJ

- Mit Stand 31. Dezember 2018 waren eine österreichische Richterin im Ruhestand als Richterin am Sondergerichtshof für Residualaufgaben für Sierra Leone und eine österreichische Richterin als Richterin beim Rote-Khmer-Tribunal in Kambodscha tätig.
- Im Berichtszeitraum waren überdies zwei Richteramtsanwärterinnen dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zugeteilt, um in dessen Registry Arbeitsweise und vor allem Rechtsprechung des Gerichtshofes näher kennenzulernen und schließlich selbst Menschenrechtsbeschwerden zu bearbeiten und für die Entscheidungsfindung vorzubereiten.

BMLV

- Im Berichtszeitraum befanden sich pro Monat durchschnittlich 29 Frauen und 1182 Männer im Auslandseinsatz. Der Höchstwert an entsendeten Frauen belief sich im Juni auf 62, was einem Frauenanteil von 3,10% (+0,61 Prozentpunkte zu 2017) des insgesamt entsendeten Personals entsprach. Die Beteiligung von Frauen an Auslandseinsätzen ist im Vergleich zum Vorjahr durch gezielte Maßnahmen leicht gestiegen.
- Durch die für die Aufbringung verantwortliche Stelle werden laufend die in Frage kommenden weiblichen Unteroffiziere und Offiziere persönlich kontaktiert und für eine derartige Funktion beworben.
- Im Beobachtungszeitraum wurden Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Auslandseinsätzen durchgeführt. Weiters wurden folgende Maßnahmen, die vor allem der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie dienen, gesetzt:
 - Die generelle, bedarfsorientierte Genehmigung und Durchführung einer temporären Kinderbetreuung in sechs Bundesländern an 14 Standorten im Juli und August mit insgesamt 18 Gruppen, in denen 442 Kinder betreut wurden;
 - Die Flexibilisierung der Dienstzeit in Form von Gleitzeit;

- Der Abschluss des Projektes zur Schaffung eines kontinuierlichen Kinderbetreuungsangebotes im Österreichischen Bundesheer (ÖBH) als familienfreundliches Signal an die Bediensteten.
- Darüber hinaus wurden gezielte Rekrutierungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Dienstes für Soldatinnen beim ÖBH gesetzt, mit dem Ziel, den Anteil an Soldatinnen im ÖBH langfristig auf zehn Prozent zu erhöhen. Zu den Maßnahmen zählen unter anderem:
 - Die Veranstaltung von speziellen Schnuppertagen, die jungen Frauen einen Einblick in die Karrieremöglichkeiten beim ÖBH sowie in den Berufsalltag von Soldatinnen und Soldaten bieten sollen. Der einmal im Jahr stattfindende „Girls' Day“ stellt dabei weiterhin den maßgeblichen Ankerpunkt in den Bemühungen des ÖBH zur Gewinnung von Soldatinnen dar. Im Beobachtungszeitraum fand der sogenannte „Girls' Day“ einmal an neun Standorten statt. Im Berichtszeitraum nahmen 2.810 Frauen teil.
 - Aufbauend auf den „Girls' Day“ wurden im Beobachtungszeitraum vier „Girls' Camps“ in der Dauer von je drei Tagen mit dem Zweck durchgeführt, den Interessentinnen den Alltag von Soldatinnen und Soldaten näher zu bringen und eine validere Entscheidung bezüglich freiwilliger Meldung für eine Laufbahn als Soldatin zu erreichen. 194 interessierte Frauen haben daran teilgenommen. Im Beobachtungszeitraum wurden insgesamt sechs Girls' Camps in Allentsteig, Amstetten, Bruckneudorf, Lienz, Ried im Innkreis und Villach durchgeführt.
 - Die Veranstaltung von Schnupper- und Karrieretagen für Frauen und Männer, an denen im Berichtszeitraum 90 interessierte Frauen teilnahmen sowie die Durchführung von Berufsinformationstagen in den regionalen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice (AMS), an denen im Beobachtungszeitraum 15 Frauen teilnahmen;
 - Die Schaffung und Weiterentwicklung von österreichweiten Kommunikationsplattformen zur Vernetzung und verbesserten Koordinierung von Soldatinnen. An den Jahrestreffen der Absolventinnen der Landesverteidigungsakademie, der Theresianischen Militärakademie sowie der Heeresunteroffiziersakademie (HUAK) haben im Beobachtungszeitraum insgesamt 84 weibliche Offiziere und Unteroffiziere teilgenommen. Damit war die Anzahl der Teilnehmerinnen größer als in den letzten Jahren. Die Veranstaltung fand im Rahmen des Festaktes zu „20 Jahre Soldatinnen im ÖBH an der HUAK“ statt.
- In den Jahren 2011 bis 2013 wurden seitens des BMLV „Gender Advisors“ (GENAD) als Beraterinnen und Berater des Kommandanten der Friedensmission KFOR entsendet. Im Jahre 2014 erfolgte die Übernahme dieser Aufgabe durch Schweden. Mit Anfang 2015 wurde ein GENAD erneut durch das BMLV entsandt. Von Jänner 2016 bis April 2016 wurde diese Aufgabe wieder durch Schweden übernommen. Seit April 2016 wurde diese Position nicht mehr durch Schweden besetzt. Vom 25. November 2016 bis 29. Dezember 2017 wurde diese Funktion durch das BMLV besetzt. Mit Jänner 2019 wird diese Funktion wieder durch das BMLV besetzt werden.

ADA

- Von den zwölf entsandten Fachkräften der ADA sind zwei Frauen, davon eine Führungsperson. Weiteres hat die ADA acht entsandte Fachkräfte über Projektfinanzierungen. Davon sind zwei weiblich. In den ADA-Kooperationsbüros wurden „Gender Focal Points“ benannt.

1.3. Training/Code of Conduct

BMEIA

- Seminare über „Gender-Mainstreaming“ und internationale Frauenfragen sind Bestandteil des verpflichtend zu absolvierenden Grundausbildungsprogramms für österreichische Diplomatinen und Diplomaten.

BM.I

- Die Inhalte von Resolution 1325 fließen im Rahmen mehrerer Ausbildungsmodule im Bereich der generellen Vorbereitung für Auslandseinsätze ein. Im Bereich der missionsspezifischen Ausbildung, der unmittelbaren Vorbereitung von Polizistinnen und Polizisten für eine bestimmte Mission wird wiederholt auf die Inhalte von Resolution 1325 eingegangen.
- Im Berichtszeitraum wurden bei den internationalen Einsätzen, an denen sich das BM.I mit der Entsendung von Polizistinnen und Polizisten beteiligt, keine Verhaltensstandards durch österreichische Exekutivbedienstete verletzt.

BMLV

- Seit dem Jahr 2010 werden vom „Swedish Armed Forces International Training Centre“ (SWEDINT) „Gender Field Advisor“ (GFA)-Kurse für internationale Teilnehmerinnen und Teilnehmer durchgeführt. 2016 wurde die Bezeichnung auf GENAD-Kurse geändert und die Ausbildungsinhalte angepasst. Der GENAD-Kurs ist nunmehr auf die Berater- und Unterstützungsfunktion des GENAD auf taktischer sowie auf operativer Ebene ausgelegt. Durch ein bilaterales Kooperationsprojekt wurde 2011 ebenso ein dementsprechendes Ausbildungsprogramm des „European Security and Defence College“ (ESDC) ins Leben gerufen. Die nachfolgende Entsendung von hierdurch qualifizierten GENAD ermöglicht die Umsetzung einer diversitätsgerechten und insbesondere geschlechterspezifischen Herangehensweise in internationalen Friedenseinsätzen. 15 Bedienstete des BMLV, davon sechs Frauen (40%), wurden seit 2009 bis zum Ende des Berichtszeitraums im Rahmen des „SWEDINT GENAD/GFA-Kurs“ ausgebildet. Im Berichtszeitraum nahm eine Bedienstete des BMLV erfolgreich am „SWEDINT GENAD-Kurs“ teil. Zudem haben zwei Bedienstete des BMLV am „SWEDINT Gender Training of Trainers Course“ (GToT) teilgenommen. Außerdem haben drei Bedienstete des BMLV den Kurs des ESDC „A Comprehensive Approach to Gender in Operations“ besucht. Die Ausbildung weiterer Bediensteter des BMLV zu GENAD sowie zu Trainerinnen und Trainern im Bereich Gender war im Berichtszeitraum in Vorbereitung. Weiters erfolgte die Teilnahme einer Bediensteten des BMLV am UGA GENAD Course von 3. bis 10. Februar in Entebbe (Uganda) als unmittelbare Einsatzvorbereitung.
- Unter Einbindung von internationalen Gender-Expertinnen und Experten wurde ein spezielles Gender-Ausbildungsmodul „Basics und Gender-Perspective in militärischen Operationen“ zur Integration der Thematik in die generellen Ausbildungsmaßnahmen für

Bedienstete des BMLV entwickelt. Das erarbeitete Ausbildungsmodul wird seit dem Jahr 2012 adäquat in die unterschiedlichen Laufbahn- und Grundausbildungsmaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter integriert. Des Weiteren wurde ein spezielles Gender-Mainstreaming-Einsatzmodul entwickelt, welches flächendeckend im Rahmen der Ausbildungsvorbereitung für Auslandseinsätze zur Anwendung kommt.

- Die aus Resolution 1325 erschießbaren Ziele und Absichten werden auch in bestehenden Lehrveranstaltungen der Offiziers-, Unteroffiziers- und Zivilbedienstetenausbildung thematisiert. Eine durch das BMLV bereits 2011 verfügte Anordnung gibt dabei Vorgaben für die Vermittlung der entsprechenden Inhalte, die ihren Niederschlag in den diesbezüglichen Curricula gefunden hat. Beispielhaft seien die Integration der Thematik in das Modul „Persönlichkeitsbildung“ am Führungslehrgang für Berufsoffiziere an der Theresianischen Militärakademie oder die Vermittlung in Lehrveranstaltungen im Zuge der Berufsunteroffiziers- und der Zivilbedienstetenausbildung an der Heeresunteroffiziersakademie angeführt. Der Schutz und die Rechte von Frauen in internationalen bewaffneten Konflikten werden darüber hinaus ebenso in den Lehrveranstaltungen zum Thema „Humanitäres Völkerrecht“ angesprochen. Darüber hinaus werden genderspezifische Aspekte, die in der nationalen Rechtsordnung verankert sind und einen ressortspezifischen Bezug aufweisen im Rahmen der ressortbezogenen Rechtslehre angesprochen. Auch im Rahmen von speziellen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (z.B. Generalstabsausbildung, Stabslehrgang, Einweisung des militärdiplomatischen Personals) werden Teile von Resolution 1325 gesondert und explizit thematisiert. Hier liegt der Schwerpunkt in einer generellen Sensibilisierung zur Gleichstellung mit der Strategie Gender-Mainstreaming; Resolution 1325 ist dabei ein Teilbereich.
- Das im Jahr 2012 vom BMLV in Kooperation mit dem BMEIA, dem BM.I und dem BKA entwickelte interdisziplinäre Ausbildungsprogramm für Führungskräfte in Friedensoperationen zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten in bewaffneten Konflikten wurde im Berichtszeitraum zwei Mal, im Februar und November, am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) in Stadtschlaining durchgeführt. Im Rahmen dieses international angebotenen Kurses wurden seit 2012 bis zum Ende des Berichtszeitraumes insgesamt 245 nationale und internationale Teilnehmerinnen und Teilnehmer, davon 71 Frauen (29%), ausgebildet. Ein Ausbildungsteil des veranstalteten Kurses widmet sich explizit der Rolle von Frauen in bewaffneten Konflikten und dient unter anderem der Vermittlung von Grundkenntnissen zu Resolution 1325 sowie zu den Folgeresolutionen.
- In Ergänzung zum bestehenden „Protection of Civilians“ (PoC)-Kurs auf operativer Ebene wurde wieder vom 9. bis 13. April an der Auslandseinsatzbasis der „Interdisziplinäre Lehrgang für Führungskräfte im Krisenmanagement zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten in bewaffneten Konflikten auf taktischer Ebene (PoC/Temporary Learning Center - TLC)“ durchgeführt. Dieser Kurs wurde mit sechs nationalen und sechs internationalen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, davon drei Frauen (25%), durchgeführt. Im Rahmen des Kurses werden auch die Themenkreise „Conflict related sexual violence“ und „child protection“ bearbeitet.
- Österreich veranstaltete außerdem zwei Mal jährlich einen internationalen Kurs zur „Security Sector Reform“ am ÖSFK in Stadtschlaining. Ein Ausbildungsteil dieses angebotenen Kurses widmet sich dabei explizit den Genderaspekten bei der

Reformierung des Sicherheitssektors und dient unter anderem der Vermittlung von Grundkenntnissen zur Resolution 1325 sowie zu den Folgeresolutionen.

- Im ÖBH gibt es zudem die Möglichkeit, ein vertiefendes zweitägiges Seminarangebot zum Thema „Gleichstellung im Einsatz und im Frieden“ zu absolvieren, welches die Ziele und die Umsetzung von Resolution 1325 explizit zum Thema macht. Dieses Seminar kann von Soldatinnen und Soldaten des Präsenz- und Milizstandes sowie Zivilbediensteten des BMLV besucht werden.
- Derzeit befindet sich ein Trainerpool zum Thema Gleichstellung im Aufbau. Ziel ist, eine größere Verbreitung von fachkundigem Personal innerhalb des Ressorts und des ÖBH mit dem Zweck einer vertiefenden Implementierung der Thematik zu ermöglichen
- Eine Koppelung des Themas Gleichstellung mit vernetzten Themen wie „Protection of Civilians“, „Children and Armed Conflict“ (CAAC), „Conflict Related Sexual and Gender Based Violence“ (CR-SGBV) und „Human Trafficking“ (HT) im Zuge dieser weiterführenden Ausbildung ist mit dem Zweck der Erreichung von Synergieeffekten in Beurteilung.
- In der Ausbildung im Rahmen einer Einsatzvorbereitung kommen zudem die relevanten Ausbildungsinhalte der nunmehr ebenenbezogenen „Core Pre-Deployment Training Materials“ wie „Code of Conduct“ (Verhaltensregeln), „Child Protection“ (Schutz von Kindern), „Prevention of Sexual Exploitation and Abuse“ (Maßnahmen zum Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch) und „Gender Equality in Peacekeeping“ (Gleichstellung der Geschlechter in friedenserhaltenden Operationen) zur Anwendung.
- Das ÖBH verfolgt eine „Null-Toleranz“-Politik in Bezug auf sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch im Rahmen von internationalen Einsätzen; vermutete Verstöße werden disziplinarrechtlich und strafrechtlich verfolgt. Im Beobachtungszeitraum lagen keine Verstöße gegen vorliegende Verhaltensstandards und die Null-Toleranz-Politik betreffend sexuellen Missbrauchs und Prostitution im Rahmen von internationalen Einsätzen durch das entsendete Personal des ÖBH vor.
- Von 3. bis 14. Dezember fand am International Institute of Humanitarian Law (IIHL) in San Remo (Italien) unter dem Titel „1er Cours G5 Sahel sur le droit des conflits armés“ ein Kurs zur Anwendung des Rechts in bewaffneten Konflikten statt, bei welchem eine Bedienstete des BMLV Vortragstätigkeiten zu sexueller Ausbeutung und Missbrauch und konfliktbezogener sexueller Gewalt übernommen hat.

ADA

- Im Rahmen der ADA-Tagung der Sektorreferentinnen und Sektorreferenten im April fand eine Schulung des überarbeiteten „Environmental, Gender and Social Impact Management System“ (EGSIM) statt. Durch EGSIM werden alle Programme und Projekte der ADA auf mögliche Risiken und Potenziale bezüglich Geschlechtergleichstellung und Empowerment von Frauen und Mädchen geprüft und Aktivitäten zur Risikominimierung oder Verbesserung ausgearbeitet. Die Schulung zu Gender bestand aus einem theoretischen und einem praktischen Teil.
- Fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ADA haben den Online-Kurs zu „Conflict Sensitivity“, der von Swisspeace zur Verfügung gestellt wurde, absolviert. Durch diesen Kurs wurden sie mit Definitionen, Konfliktphasen und -instrumenten für Einsätze in Konfliktsituationen bekannt gemacht. Das Einbeziehen von Frauen in der Analyse, aber

auch das Adressieren von Bedürfnissen und Perspektiven von Frauen in Friedenssicherung und Konfliktprävention war Teil des Trainings.

2. Österreichische Aktivitäten in internationalen und supranationalen Organisationen sowie in bilateralen Kontakten

2.1 Vereinte Nationen

BMEIA

- Von 1. Jänner 2015 bis 31. Dezember 2018 war die von Österreich nominierte Richterin Lilian Hofmeister als gewähltes Mitglied im VN-Komitee von Expertinnen und Experten zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen (CEDAW-Komitee) tätig.
- Seit 1. März 2013 ist die von Österreich nominierte und im Jahr 2016 für eine zweite Funktionsperiode bis 2021 wiedergewählte Richterin Renate Winter Mitglied des VN-Kinderrechteausschusses (CRC).
- Österreich hat für die Periode 2021-2025 seine Kandidatur für die VN-Frauenstatuskommission (FSK) angemeldet; Wahljahr ist 2020. Durch die Weiterleitung der Kandidatur durch den Western European and Others Group (WEOG)-Vorsitz an das Bureau der FSK im März 2018 wurde die österreichische Kandidatur offiziell gemeldet. Der WEOG stehen für das Wahljahr 2020 drei Sitze zu.
- Österreich nahm aktiv an den Netzwerktreffen der „Women, Peace and Security Focal Points“ teil. Das erste fand am 9. und 10. April in Berlin unter dem Titel „Building Alliances to Advance the Women, Peace and Security Agenda“ statt. Das zweite Netzwerktreffen im September in New York widmete sich dem Thema: „Der VN-Sicherheitsrat und Frauen, Frieden und Sicherheit: Förderung konkreter Maßnahmen.“
- Österreich unterstützt die „Action for Peacekeeping“ (A4P) -Initiative des VN-Generalsekretärs (VN-GS) zur Steigerung der Effektivität und Effizienz der VN-Friedenserhaltenden Operationen (VN-FEO) und indossierte im September die dazugehörige politische Erklärung, die u.a. auf die Implementierung der „Frauen, Frieden und Sicherheit“-Agenda abzielt.
- Die 62. Tagung FSK, die vom 12. bis 23. März in New York stattfand, widmete sich dem Thema „Herausforderungen und Chancen für die Gleichstellung und Ermächtigung von Frauen und Mädchen im ländlichen Raum“. Als formelles Ergebnis nahmen die politischen Vertreterinnen und Vertreter der VN-Mitgliedsstaaten (VN-MS) Schlussfolgerungen zum Schwerpunktthema an. Zusätzlich wurden Resolutionen zum „Jubiläumsjahr der Pekingener Erklärung und Aktionsplattform 2020“, zu den „Arbeitsmethoden der FSK“, zu „Frauen, Mädchen und HIV/Aids“, zu „Frauen und Kindern in Gefangenschaft“ und zur „Situation palästinensischer Frauen“ verabschiedet.
- Österreich beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen und brachte sich mit einer nationalen Erklärung in die Generaldebatte ein. Österreich war Organisator von vier gut besuchten Nebenveranstaltungen, zu „Frauen in der digitalen Welt“, zu „Diskriminierenden sozialen Normen und politischen Maßnahmen zur Förderung von Gleichstellung“, zur „Nutzung von Resolution 1325 für die Ermächtigung von Österreich in ländlichen Gebieten“ und zu „Frauen in Bergregionen“. Außerdem beteiligte sich Österreich im Rahmen der Freundesgruppe Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten an einer weiteren Nebenveranstaltung zu diesem Thema.

- Im Rahmen der FSK hat die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) in Zusammenarbeit mit der österreichischen Vertretung in New York ein Side-Event des „Global Network of Women Peacebuilders“ organisiert. Dabei wurde die Lokalisierung von Resolution 1325, d.h. die Umsetzung der Resolution auf lokaler Ebene, diskutiert.
- Weiters hat die ADA in Kooperation mit „The Global Network of Women Peacebuilders“ (GNWP), OSZE und UN Women am 13. und 14. September eine Konferenz über eine effektive regionale Umsetzung der Resolution 1325 in Zentralasien, Südkaukasus und Zentral – und Osteuropa unterstützt. Über 70 Vertreterinnen und Vertreter der Regierungen und der Zivilgesellschaft aus diesen Regionen haben an der Konferenz teilgenommen, um den Beitrag von Frauen im Bereich Friedensförderung und Konfliktprävention in den Regionen sichtbar zu machen. Dabei wurden fünf Hauptbereiche identifiziert, in denen die Implementierung der Resolution 1325 gestärkt werden muss: (1) Medien, (2) Monitoring und Finanzierung der Implementierung der WPS-Agenda, (3) Lokalisierung von WPS-Resolutionen, (4) sinnvolle Inklusion von Frauen im Friedensprozess und (5) gendersensible Reform des Sicherheitssektors. Basierend auf diesen Bereichen wurden sieben Empfehlungen an die VN, OSZE, regionale Organisationen und Geberstaaten adressiert.

BMEIA/BMLV

- Am Rande der 73. VN-Generalversammlung (VN-GV) wurde eine gemeinsame Stellungnahme der Mitglieder des Circle of Leadership (CoL) des VN-GS gegen „Sexual Exploitation and Abuse“ (SEA) veröffentlicht. Der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen ist Mitglied des CoL und spricht sich gemeinsam mit anderen Staats- und Regierungschefinnen und Staats- und Regierungschefs für die Prävention und sofortige Reaktion auf sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch aus.
- Seit Mai ist eine Bedienstete des BMLV als GENAD bei der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) eingesetzt.
- Die dritte und letzte Veranstaltung in der Serie „Frauen in Friedensmissionen“ („Women in Peace Operations“) des „Blue Helmet Forum Austria“ (BHFA) fand unter dem Titel „Women’s Participation and Leadership in Military Components of Peace Operations“ von 11. bis 12. Oktober statt. Dabei wurde die Veranstaltung durch das BMLV durch die Bereitstellung der Räumlichkeiten, personeller Ressourcen und inhaltlicher Beiträge unterstützt. 2016 wurde die Serie, welche sich mit dem Thema „Frauen in Friedensmissionen mit Bezug auf die Sicherheitsratsresolution 1325“ beschäftigt, mit einer Veranstaltung zu „Mission Experience“ gestartet und 2017 mit einer Veranstaltung zum Thema „Women in Peacebuilding and Reconciliation“ fortgesetzt.
- Von 12. bis 23. November nahm eine Bedienstete des BMLV beim „Female Military Officers Course“ (FMOC 11) teil, welcher am „Peacekeeping Training Centre“ in NAIROBI/Kenia stattfand. Der Kurs beruht auf einer Initiative von UN Women und hat die Ausbildung von weiblichen Offizieren in für Einsätze in friedenserhaltenden Missionen geforderten speziellen Fähigkeiten zum Inhalt. Die Teilnehmerinnen trainieren Kommunikationstechniken, werden in zivil-militärische Koordination ausgebildet und erhalten Wissen über die Natur körperlicher und psychologischer Konsequenzen von Gewalt gegen Frauen bei friedenserhaltenden Missionen. Dabei wird auch auf sexuelle Gewalt, Wissen bezügliche Mandaten und operativer Beratung zu Frauen, Frieden und Sicherheit eingegangen. Es werden Frühwarnsignale von „conflict-related sexual

violence“ erarbeitet und Informationsbeschaffung und –gewinnung trainiert um Risiken, Bedrohungen und Verwundbarkeiten zu identifizieren.

2.2. Europäische Union – österreichische EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2018

BMEIA/BMLV

- Auf EU-Ebene hatte Österreich im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr den Ko-Vorsitz in der EU-High Level Task Force zur Umsetzung von Resolution 1325 in Brüssel inne. Dabei konnte nach langen Vorarbeiten eine EU-Strategie zur Umsetzung von Resolution 1325 angenommen werden, durch die der bisherige EU-Ansatz zur Implementierung von Resolution 1325 und 1820 aus dem Jahre 2008 ersetzt wurde. Weiters setzte sich Österreich aktiv für die Annahme von Ratsschlussfolgerungen zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit ein. Diese wurden am 10. Dezember angenommen. Österreich beteiligte sich auch an den Diskussionen zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU im März, Oktober und Dezember.
- In der Ratsarbeitsgruppe Terrorismus – Internationale Aspekte (COTER) standen u.a. die zentrale Rolle von Frauen in der Prävention und Bekämpfung von Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus sowie die geschlechterspezifische Situation von weiblichen ausländischen terroristischen Kämpfern in Syrien und im Irak auf der Tagesordnung. Im Dezember organisierte der österreichische Vorsitz zudem ein Vorsitzevent in Brüssel zum Thema „Effektive Kampagnen zur Bewältigung der Herausforderungen in Zusammenhang mit islamischer Radikalisierung“. Im Rahmen der Veranstaltungen wurde das Projekt „Mutterschulen gegen Extremismus“ der NGO „Frauen ohne Grenzen“ vorgestellt, welches Mütter darin schult, Anzeichen der Radikalisierung bei ihren Kindern zu erkennen und diesen wirkungsvoll entgegenzusteuern.
- Im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU setzte sich Österreich dafür ein, dass dem Thema Frauen, Frieden und Sicherheit in allen GSVP-Missionen und Operationen verstärkte Bedeutung eingeräumt wird. Dazu zählt u.a. die Erhöhung des Frauenanteils in GSVP-Missionen und Operationen, insbesondere in Führungspositionen, die Integration einer Geschlechterperspektive in Einsatzpläne, Berichte und andere Missions- und Operationsdokumente sowie die Berücksichtigung des Themas in Ausbildungsplänen von GSVP-Missionen und Operationen mit Mandat zur Ausbildung von Streitkräften, Polizeieinheiten oder Personen aus der öffentlichen Verwaltung.
- Das BMLV ermöglichte im November zwei Bediensteten des ÖBH sowie einem Angehörigen im Milizstand die Teilnahme am ESDC Kurs „A Comprehensive Approach to Gender in Operations“ welche u.a. eine Voraussetzung für eine Tätigkeit als GENAD in GSVP-Missionen und Operationen darstellt.
- Unter der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft wurde zudem ein „Civilian CSDP Compact“ zur Stärkung der zivilen GSVP erarbeitet, der darauf abzielt, die Effektivität der zivilen GSVP-Missionen zu verbessern sowie mit den nötigen Fähigkeiten auszustatten, um effektiver auf aktuelle Herausforderungen wie irreguläre Migration, organisiertes Verbrechen und Terrorismus reagieren zu können. Die Integration einer Geschlechterperspektive in alle Aktivitäten der Missionen und Operationen sowie die volle Berücksichtigung von Resolution 1325 und Folgeresolutionen in der Planungs- und

Operationsphase von Missionen und Operationen wurden als strategische Richtlinien im Dokument festgelegt.

- Am Rande des informellen Treffens der EU-Außenministerinnen und –minister fand am 29. August eine Paneldiskussion zum Thema „Frauen verteidigen, Rechte verteidigen – die Perspektiven und Herausforderungen für Menschenrechtsverteidigerinnen und –verteidiger, die sich für Frauenrechte einsetzen“ statt, die von Amnesty International organisiert wurde. Dabei hielt Außenministerin Dr. Karin Kneissl die Eröffnungsrede und bekräftigte die österreichische Unterstützung für die Anliegen von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern, die sich für Frauenrechte einsetzen.

2.3. OSZE

BMEIA

- Österreich unterstützt weiterhin die Bestrebungen, die Anzahl der hauptamtlichen GENAD an den Feldpräsenzen der Organisation zu erhöhen. Die Berücksichtigung der Zielsetzung von Resolution 1325 ist auch bei der finanziellen Unterstützung von OSZE-Projekten durch Österreich ein Anliegen. Der Großteil der durch Österreich unterstützten OSZE-Projekte verfolgt einen Gender-Mainstreaming-Ansatz. Zudem unterstützte Österreich im Beobachtungszeitraum spezifische Projekte zur verbesserten Umsetzung von Resolution 1325 in der OSZE-Region, u.a. ein Projekt zur Integration einer Geschlechterperspektive und Förderung der Teilnahme von Frauen in Grenzsicherheit- und Grenzmanagementbehörden (OSZE Projekt „Women Leadership and Empowerment Initiative for Border Security and Management Agencies“) sowie ein Projekt zum Aufbau von Kapazitäten von Strafverfolgungsbehörden in der Prävention und Bekämpfung von geschlechterbasierter Gewalt (OSZE-Project „Effective Criminal Justice Strategies and Practices to Combat Gender-based Violence in Eastern Europe“).
- Österreich setzte sich weiterhin für eine Verbesserung der Umsetzung von Resolution 1325 im Rahmen der OSZE ein. Österreich hatte bereits im Jahr 2012 eine gemeinsame Initiative mit Finnland, der Türkei und Kasachstan zu einem OSZE-weiten Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325 eingebracht. Der Entwurf des Aktionsplans sieht erstens das „Mainstreaming“ der Inhalte der Resolution in sämtliche relevante Arbeitsbereiche der OSZE und zweitens die Ausarbeitung von nationalen Umsetzungsmaßnahmen in den OSZE-Teilnehmerstaaten vor. Trotz breiter Unterstützung für einen OSZE-weiten Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325 konnte bisher kein Konsens erzielt werden.

BMLV/BMEIA

- Im Rahmen des Informationsaustausches zum OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten hat Österreich so wie in den Vorjahren auch im Berichtszeitraum am freiwilligen Informationsaustausch mit Teilnehmerstaaten der OSZE zur Umsetzung von Resolution 1325 teilgenommen.
- Im Berichtszeitraum übermittelte Österreich auf Anfrage der ODIHR einen Bericht zur Umsetzung von Resolution 1325 innerhalb der nationalen Streitkräfte. Eine Zusammenfassung aller nationalen Beiträge soll vor allem bestehende Unterschiede für Frauen und Männer in den Streitkräften der OSZE-Mitgliedsstaaten aufzeigen und teilnehmende Staaten bei der Implementierung ihrer Verpflichtungen in den Bereichen

Geschlechtergleichstellung sowie Partizipation von Frauen in friedens- und sicherheitsfördernden Aktivitäten unterstützen.

- Im Oktober unterstützte das BMLV die gemeinsame Konferenz des italienischen OSZE-Vorsitzes und der Abteilung Geschlechterfragen der OSZE zum Thema „Women in the Security Sector: Challenges and Opportunities for the OSCE Area and Beyond“ mit einem Moderationsbeitrag zur Podiumsdiskussion unter dem Titel „The correlation between women’s participation in the security sector and operational effectiveness“. Dabei wurde auf den Zusammenhang zwischen Inklusivität und operativer Effektivität bei sicherheits- und friedensschaffenden Aktivitäten eingegangen.

2.4. NATO/EAPC/PfP

BMEIA/BMLV

- Im aktuellen Entwurf des „Individual Partnership and Cooperation Programme“ (IPCP) für 2016-2017 zwischen Österreich und der NATO, das von BMEIA und BMLV unter Beteiligung der Österreichischen Vertretung (ÖV) NATO und der Militärvertretung Brüssel ausgearbeitet wurde, wird konkret auf die Resolution 1325 Bezug genommen. Hierbei wird darauf hingewiesen, dass die Zusammenarbeit zwischen Österreich und der NATO unter Berücksichtigung auf der Stärkung von Gender-Mainstreaming in Sicherheitspolitik und Krisenmanagement aufbaut. Das Dokument konnte allerdings bis dato noch nicht formell angenommen werden.
- Für den NATO-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Juli wurde die NATO-Politik zu Frauen, Frieden und Sicherheit sowie der dazugehörige Aktionsplan überarbeitet. Österreich war in den entsprechenden NATO-Komitees stets aktiv eingebunden. Beide Dokumente sind auf der Homepage der NATO öffentlich zugänglich. Die überarbeitete Politik baut auf den „3 I“ auf: Integration, um sicherzustellen, dass Gleichstellung der Geschlechter als wesentlicher Bestandteil von NATO-Politiken, -Programmen und -Projekten betrachtet wird; Inklusivität, als Förderung der Erhöhung der Teilnahme von Frauen in der NATO und den nationalen Streitkräften sowie Integrität, als Verbesserung der Rechenschaftspflicht.
- Die ÖV NATO nahm aktiv an der Jahreskonferenz des „NATO Committee on Gender Perspectives“ teil, die von 28. Mai bis 1. Juni am NATO-Hauptsitz in Brüssel stattfand. Das Thema der Konferenz, deren Vorsitz Oberstleutnant Katrien D’Hert übernahm, war „A 360° Approach to Gender“. Die Konferenz setzte sich zum Ziel, Lücken aufzuzeigen sowie das Bewusstsein für Gender-Initiativen in den Bereichen Politik, Militär und Soziales in den VN, NATO, EU, OSZE und den NATO-Alliierten und Partnern zu schaffen.
- Österreich nimmt regelmäßig an den von der Sonderbeauftragten oder NATO-Alliierten/Partnerstaaten veranstalteten „Friends of 1325“-Treffen zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit teil. Dabei werden in regelmäßigen, informellen Treffen die Fortschritte und weitere Anstrengungen im Bereich der Resolution 1325 diskutiert. Nicht zuletzt hat sich Österreich aktiv bei der in der Anfangsphase befindlichen Erstellung einer NATO-Politik zu sexueller Ausbeutung und Missbrauch eingebracht.
- Die ÖV NATO war aktiv in die Finalisierung der NATO-Richtlinien zum Gender-Mainstreaming von Projekten mit Klein- und Leichtwaffen, bei Minenräumungsaktionen und Waffenkontrollen unter der Leitung der NATO eingebunden. Die Richtlinien wurden 2017 veröffentlicht, aber auch im Berichtszeitraum wurde der Link zwischen diesen

Themen mit Frauen und Kindern, die oftmals die primären Opfer von der Verwendung von Klein- und Leichtwaffen sind, auf NATO-Komitee-Ebene diskutiert.

- Im November nahm Österreich an einer Sitzung des Nordatlantikrats teil, der sich speziell dem Thema Frauen, Frieden und Sicherheit widmete. Dabei wurde die große Wichtigkeit des Themas innerhalb der NATO festgehalten und betont, dass es sowohl auf politischer als auch militärischer Ebene mitberücksichtigt wird. Sämtliche NATO-Missionen, an denen sich Österreich beteiligt, verfügen über einen GENAD oder einen „Gender Focal Point“.
- Am 26. September nahm die ÖV NATO an der Konferenz „Measuring Equality: NATO’s Commitment to Women, Peace and Security“ teil. Eine Studie von der „Georgetown University“ und dem „Peace Research Institute Oslo“ (PRIO) zum Thema „Women, Peace and Security Index 2017/18“ wurde von einem vierköpfigen Panel vorgestellt. Das Panel wurde von der NATO-WPS-Sonderbeauftragten Clare Hutchinson moderiert.
- Das jährliche Treffen des „Civil Society Advisory Panel (CSAP) on Women, Peace and Security“ fand von 8. bis 10. Oktober in Brüssel statt. Am 9. Oktober kam es bei einem Netzwerktreffen zum Austausch zwischen dem CSAP und NATO-Alliierten und Partnernationen, bei dem auch die ÖV NATO vertreten war.
- Seit August 2012 gibt es eine Sonderbeauftragte des NATO-Generalsekretärs für Frauen, Frieden und Sicherheit. Mit Anfang 2018 wurde diese Funktion von der Kanadierin Clare Hutchinson übernommen. Neben einem offiziellen Antrittsbesuch der Österreichischen Botschafterin bei der Sonderbeauftragten, konnte auch im Rahmen eines Treffens der Westeuropäischen NATO-Partnerstaaten auf Botschafterinnen- und Botschafterebene (Österreich, Schweiz, Finnland, Irland und Schweden) über die aktuelle und zukünftige Ausrichtung sowie inhaltliche Schwerpunkte zu den Mandaten der Sonderbeauftragten debattiert werden.
- Bereits seit 2013 bringt Österreich sich maßgeblich in die NATO-Policy zum Schutz von Zivilisten (Protection of Civilians, PoC) ein. Die NATO beschloss die entsprechende Policy beim NATO-Gipfel in Warschau im Juli 2016. In weiterer Folge nahm Österreich auch aktiv an der Ausgestaltung des Aktionsplans, der im Februar 2017 finalisiert wurde, sowie am Militärkonzept und dem Fortschrittsbericht teil. Des Weiteren leistet Österreich mit der Bereitstellung eines „Voluntary National Contribution“ (VNC)-Mitarbeiters (seit Februar 2017: Ministerialrat Oberst Mag. Dominik Horn, BMLV, der direkt der Sonderbeauftragten unterstellt ist, einen Beitrag zum Büro für Frauen, Frieden und Sicherheit.
- Auf Anfrage des „NATO-Committee on Gender Perspectives“ (NCGP) erstelle Österreich einen Bericht zur Umsetzung von Resolution 1325 innerhalb der nationalen Streitkräfte. Dieser Bericht wurde in der Zusammenfassung der nationalen Berichte von NATO Mitglieds- und Partnerstaaten zum NCGP veröffentlicht. Diese Zusammenfassung soll vor allem bestehende Unterschiede für Frauen und Männer in den Streitkräften der NATO Mitglieds- und Partnerstaaten und Handlungsmöglichkeiten, um diese zu beseitigen, aufzeigen.

2.5. Bilaterale Kontakte

BMEIA

- Im Rahmen ihrer bilateralen Kontakte mit Staaten in Konflikt- und Postkonfliktsituationen setzten sich hochrangige österreichische Vertreterinnen und Vertreter regelmäßig für die Umsetzung von Resolution 1325, einschließlich der Partizipation von Frauen in Friedensprozessen, ein.
- Die österreichischen Botschaften und Vertretungen setzten im Berichtszeitraum diverse Aktivitäten, einschließlich Treffen mit der Zivilgesellschaft und mit Frauenorganisationen, zur Förderung der Ziele von Resolution 1325. Eine beispielhafte Liste derartiger Aktivitäten liegt diesem Bericht als Anhang 2 bei.

BMLV

- Seitens des BMLV wird im Rahmen von militärdiplomatischen Konsultationen regelmäßig auch die Weiterentwicklung des gemeinsamen Dienstes von Frauen und Männern in den Streitkräften thematisiert. Dabei werden auch die Umsetzung von Resolution 1325 und diesbezüglich erforderliche Umsetzungsaktivitäten mit bilateralen Partnerinnen und Partnern angesprochen.

ADA

- Österreich setzte sich sowohl im Rahmen von bilateralen Kontakten als auch in relevanten internationalen Foren (z.B. Universal Periodic Review (UPR) des VN-Menschenrechtsrates) fortlaufend für die universelle Ratifizierung von relevanten völkerrechtlichen Übereinkommen (z.B. VN-Frauenrechtskonvention (CEDAW), Kinderrechtskonvention, Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofes) ein.
- Im bilateralen Politikdialog konzentrierte sich das Engagement zur Umsetzung des österreichischen NAP 1325 in Äthiopien vor allem auf den Politik-Dialog mit unterschiedlichen Stellen.
- Das ADA-Kooperationsbüro ist Teil der Arbeitsgruppe der EU-Delegation zur Afrikanischen Union (AU) und arbeitet aktiv in der Untergruppe WPS zur Stärkung der Kohärenz der Geberaktivitäten mit.
- Das „Institute for Peace and Security Studies“ (IPSS) trägt mit seiner Forschung auf dem Gebiet zu einem forschungsbasierten Politikdialog bei. Diese Forschung wird mit Mitteln der OEZA getragen, ebenso wie Advocacy-Veranstaltungen wie z.B. das TANA Forum. Die Stärkung der Rolle von Frauen im Bereich Frieden und Sicherheit wird dort weiterhin verfolgt.
- Österreich unterstützt eine Gender-Studie der „Inter-governmental Authority on Development (IGAD) Peace and Security Division“.

3. Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit

ADA

- Generell unterstützt die OEZA eine Vielzahl an Initiativen, die durch systematisches „Gender-Mainstreaming“ sowie durch gezielte Maßnahmen zur Selbstermächtigung von Frauen auf struktureller und individueller Ebene als Präventionsmaßnahmen in den

Partnerländern zu bewerten sind. Die Umsetzung von Resolution 1325 ist dabei eines der Schwerpunktthemen der OEZA. Es liegen noch keine offiziellen Zahlen der Programme und Projekte, die mit OECD-Gendermarker eins oder zwei bewertet wurden, für den Berichtszeitraum vor. Im Jahr 2017 wurden 72,28% der Programme und Projekte mit einem OECD-Gendermarker eins oder zwei bewertet. Folgende Projekte tragen besonders zur Umsetzung der Resolution 1325 bei:

- Die ADA unterstützt mit ihrem Beitrag an den „Women's, Peace and Humanitarian Fund“ (WPHF) fünf lokale zivilgesellschaftliche Projekte. Als größter Geber sitzt Österreich im „Executive Board“ des Fonds. Die lokale Koordination übernehmen verschiedene VN-Organisationen wie UN Women, der „United Nations Population Fund“ (UNFPA) sowie das „United Nations Development Programme“ (UNDP). Mit dem Beitrag der ADA werden dabei lokale zivilgesellschaftliche Organisationen im Irak unterstützt, die zur Ausarbeitung, Umsetzung und Bewertung der nationalen Aktionspläne des Irak zur Umsetzung von Resolution 1325 beitragen und um die Beteiligung von Frauen an Konfliktverhütungsmaßnahmen stärken. Die ausgewählten Projekte zu nationale Strategien, Finanzierungs- und Kontrollmechanismen für die Umsetzung der Verpflichtungen im Bereich WPS sowie zur Etablierung von geschlechterspezifischen nationalen und regionalen Konfliktverhütungssystemen beitragen. Die Zielgruppe sind sechs bis zehn zivilgesellschaftliche Frauenorganisationen, wobei mindestens 60.000 Frauen (70%) und Männer (30%) von den Projekten profitieren werden. Für den Zeitraum von 1. Dezember 2018 bis 31. Dezember 2019 beträgt der Beitrag 2.000.000 EUR.
- Finanzierung des Rahmenprogramms CARE Österreich „Lernen für Wandel – Starke Frauenstimmen in Ostafrika“: Ziel ist die Förderung und Durchsetzung der Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen im Haushalt, in der Gemeinde sowie auf lokaler und nationaler Ebene. Das Programm stärkt auf institutioneller Ebene 40 NGOs und „Grassroots-Organisationen“ und befähigt diese, die Gleichstellung von Männern und Frauen in ihren eigenen Programmen zur Armutsbekämpfung erfolgreich zu verankern und zu fördern. Dadurch soll die Änderung von sozialen Normen, auch unter Einbeziehung von Männern und Buben, sowie die Stärkung von Frauen in gesellschaftlichen Funktionen und auf individueller Ebene erreicht werden. Für den Zeitraum von 2016-2018 erfolgt dafür eine Unterstützung in der Höhe von 2.500.000 EUR.
- Mit dem Beitrag an das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) unterstützt die ADA ihre Aktivitäten in Jordanien. Das Ziel ist, die Gesundheit von weiblichen Flüchtlingen zu stärken. Es handelt sich hierbei um Schutzmaßnahmen, Überweisungen für ambulante Behandlungen (ca. 80 Kaiserschnitte) und psychologische Betreuungen für ca. 851 syrische Frauen. Viele dieser Frauen waren Opfer sexueller- und geschlechterspezifischer Gewalt. Auch langfristige Ziele wie der Wiederaufbau von sozialen Strukturen werden dabei unterstützt. Der österreichische Beitrag betrug für den Zeitraum 2017-2018 150.000 EUR.
- Mit dem Projekt „Local, National and Regional Strategies to Improve the Implementation of UNSCR 1325 in Armenia, Azerbaijan, Georgia, Moldova and Ukraine“ finanziert die ADA das Vorhaben des „Global Network for Women Peacebuilders“. Die Zivilgesellschaft sowie die jeweiligen nationalen und lokalen Regierungen arbeiten zusammen, um die Resolutionen 1325, 1820 und Folgeresolutionen zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit in den oben genannten Ländern umzusetzen. Für den Zeitraum 2017-2019 erfolgt dabei eine Unterstützung von 723.000 EUR.

- Das CARE-Projekt „Mein Recht auf meine Zukunft - Frauen für den Frieden“ zielt darauf ab, eine starke und politisch aktive palästinensische Gesellschaft aufzubauen, in der sich Frauen und Männer gleichermaßen für einen gerechten und langanhaltenden Frieden einsetzen. Zielsetzungen sind dabei: 1) Unterstützung für Frauen, sich aktiv in den politischen Prozess einzubringen und friedliche Formen der Konfliktlösung zu fördern. 2) Förderung der politischen Partizipation durch ausgewählte Medien 3) Stärkung des politischen Bewusstseins und des Selbstvertrauens von jungen Aktivistinnen und Aktivisten, vor allem von jungen Frauen aus 20 vom Konflikt betroffenen Gemeinden. Für den Zeitraum 2015-2018 erfolgte dafür eine Unterstützung in der Höhe von 93.700 EUR.
- Mit der Ko-finanzierung des UN WOMEN-Programmes „African Women changing the narrative“ wird der Beitrag der afrikanischen Frauen in relevanten Bereichen von Entwicklung und Frieden durch die Produktion von Dokumentationen und die Durchführung von Events sowie einer Kommunikationsplattform zur Verbreitung von „Good Practices“ in afrikanischen Ländern, aber auch außerhalb des Kontinents aufgezeigt. Durch Erfolge, die durch „Leadership“ und Beteiligung von Frauen erzielt werden konnten, aber auch durch gezielte Partnerschaften mit dem Privatsektor wird aufgezeigt, dass die politische Teilhabe von Frauen und ihr Empowerment auch den Gemeinden, den Ländern und dem ganzen Kontinent zu Gute kommen. Das Vorhaben wurde verlängert. Für den Zeitraum 2015-2018 erfolgte eine Unterstützung in der Höhe von 470.000 EUR.
- Das Projekt „Strengthening the ECOWAS Conflict Prevention Framework through National Architectures for Early Warning and Early Response (WANEP II)“ stand im Rahmen des Strategieplans (2015-2020) des „West African Network for Peacebuilding“ (WANEP), dessen Aufgabe darin besteht, die Kapazität für integrierte und dezentralisierte Frühwarn- und Reaktionssysteme und in Westafrika zu stärken. Es wurden auf nationaler und regionaler Ebene in Westafrika sogenannte „Gender conflict analysis tools“ entwickelt. Des Weiteren wurde auf die Stärkung der Mediationsfähigkeiten durch den Dialog zwischen weiblichen Führungskräften und staatliche Sicherheitsinstitutionen Wert gelegt. Für den Zeitraum 2016-2018 erfolgt dabei eine Unterstützung in der Höhe von 1.500.000 EUR.
- Mit dem Projekt „MINUSMA - Contribution to the UN Trust Fund in Support of Peace and Security in Mali“ unterstützt die ADA die „United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali“. Der österreichische Beitrag fokussiert sich auf die Grenzregion zu Burkina Faso, wobei es um Rekonstruktionen nach Konflikten, sozioökonomische Rehabilitation und Reintegration geht. Ein bestimmtes Augenmerk wird auf die Rolle von Frauen und Jugendlichen im Friedensprozess und Stärkung der Resilienz gelegt. Für den Zeitraum 2017-2020 erfolgt eine Unterstützung in der Höhe von 650.000 EUR.
- Mit dem Projekt „Further Advancing Women’s Rights in Kosovo“ wurden in Kooperation mit dem Kosovo Women’s Network (KWN) die Rechte und Interessen von Frauen und Mädchen in Kosovo durch Kapazitätsentwicklung von zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen und Beamtinnen und Beamten auf Gemeinde- und nationaler Ebene gefördert. Dabei wurde das Bewusstsein von Beamtinnen und Beamten sowie Bürgerinnen und Bürgern zu Gender-Based Violence (GBV) gestärkt und Überlebenden anwaltschaftliche Unterstützung geboten. Für den Zeitraum 2018-2020 erfolgt dabei eine Unterstützung in Höhe von 500.000 EUR.

- Das Projekt „Contribution to UNDP's Iraq Crisis Response and Resilience Programme (ICRRP)“ zielt hauptsächlich darauf ab, die Resilienz während des anhaltenden Konflikts im Irak zu stärken. Die Maßnahmen zielen auf effektivere Koordinierung der Krisenbewältigung auf Regierungsebene, Verbesserung von Basisleistungen und der Lebensgrundlage der betroffenen Bevölkerung ab. Dazu gehören auch Sensibilisierungsaktivitäten, die geschlechterbezogene Gewalt adressieren sowie Maßnahmen, die die Partizipation von Frauen in Wiederaufbauaktivitäten und Kapazitätsentwicklung sicherstellen. Für den Zeitraum 2017-2019 wurde eine Unterstützung in der Höhe von 2.000.000 EUR bereitgestellt.
- Ziel des Projekts „Förderung und Umsetzung der Menschenrechte von Frauen in El Salvador“ ist die Förderung der Führungsqualitäten von Frauen in lokalen Amtspositionen in der Region 'Los Nonualcos' in El Salvador hinsichtlich ihrer politischen Anwaltschaft für Menschenrechte. Konkret zielt das Projekt auf die Stärkung der Kompetenzen von zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Prävention von Gewalt gegen Frauen sowie die Förderung und Verteidigung der Menschenrechte ab. Für den Zeitraum 2016-2018 erfolgte eine Unterstützung von 80.900 EUR.

BMF

- Vor dem Hintergrund des strategischen Leitfadens des BMF für die internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) („IFI-Strategie“) unterstützt das BMF eine Vielzahl an Initiativen und Programmen im Bereich der IFIs. Diese betreffen u.a. systematisches „Gender-Mainstreaming“, gezielte Maßnahmen zur Selbstermächtigung von Frauen auf struktureller und individueller Ebene und die Fähigkeit Krisen zu begegnen und den Bedürfnissen fragiler Staaten besonders Rechnung zu tragen, die spezifisch dem Bereich „Frauen, Frieden und Sicherheit“ zuordenbar sind.
- Durch die „International Development Association“ (IDA), unterstützte das BMF beispielsweise verstärkt Beiträge und Projekte zur Förderung der Umsetzung von Resolution 1325 sowie zur Bekämpfung und Verhütung von Gewalt an Frauen.
- Die Programme der IDA, einer der wichtigsten Plattformen der internationalen Koordination von öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit, deren Mittel in einem Drei-Jahreszyklus aufgestockt werden, ebnen den Weg zu mehr Gleichstellung, Wirtschaftswachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen, höheren Einkommen und besseren Lebensbedingungen in den ärmsten Ländern der Welt. Das BMF hat im Rahmen der 18. Wiederauffüllungsverhandlungen der IDA-Mittel, die im Dezember 2016 abgeschlossen wurden, einen finanziellen Beitrag in der Höhe von 383,8 Millionen EUR zugesichert. Der besondere Schwerpunkt von IDA-18, deren Maßnahmen im Zeitraum 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2020 umgesetzt werden, liegt hierbei u.a. auf den Themenbereichen Geschlechterfragen und Entwicklung, Fragilität, Konflikte und Gewalt. Im Rahmen von IDA-18 verdoppelte die IDA beispielsweise die Mittel für fragile und von Konflikten betroffene Staaten.
- Generell bemühen sich alle IFIs darum, im Rahmen ihrer Programme Frauen in den Projektländern den Zugang zu produktiven Ressourcen wie Land, Krediten und Finanzdienstleistungen zu eröffnen, um durch das ökonomische „Empowerment“ die Voraussetzungen für ein nachhaltiges und inklusives Wachstum und für Armutsreduktion zu schaffen.

- Über die Zielsetzung der Geschlechtergleichheit in Entwicklungsländern hinausgehend bemühen sich die IFIs zusätzlich darum, den Frauenanteil in ihrem Personalstand und hier gerade im höheren Management, in dem Frauen noch stark unterrepräsentiert sind, anzuheben.

Anhang 1: Auswahl von Presseaussendungen mit Bezugnahme auf Frauenthemen (13, insgesamt 22) und Tweets (92) des BMEIA

7. März: Internationaler Tag der Frau: Außenministerin Karin Kneissl setzt starkes Zeichen gegen Gewalt an Frauen; Bereitstellung von einer Million Euro zur Unterstützung von Aktivitäten gegen Weibliche Genitalverstümmelung, für Frauengesundheit und Familienplanung.

Bereitstellung von einer Million Euro zur Unterstützung von Aktivitäten gegen Weibliche Genitalverstümmelung, für Frauengesundheit und Familienplanung.

Bei mehreren vom Außenministerium organisierten Veranstaltungen im Rahmen des Internationalen Frauentages am 8. März kündigte Außen- und Integrationsministerin Karin Kneissl Maßnahmen für den Kampf gegen Gewalt an Frauen an. „Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit stellt eine Million Euro zur Unterstützung von Aktivitäten gegen Weibliche Genitalverstümmelung (FGM), einschließlich Unterstützung von Rückoperationen, und für Frauengesundheit und Familienplanung bereit“, erklärte die Außenministerin. Davon werden Frauen und Mädchen in verschiedenen afrikanischen Ländern, vor allem im Sahel und am Horn von Afrika, von den Projekten profitieren. Denn weltweit sind mehr als 200 Millionen Frauen und Mädchen Opfer weiblicher Genitalverstümmelung. Zudem sterben täglich rund 800 Frauen und Mädchen an Komplikationen bei der Geburt und während der Schwangerschaft. Auch die HIV-Rate bei Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern ist um ein Vielfaches höher als jene in Industrienationen.

„Durch die verstärkte Zuwanderung, insbesondere aus dem afrikanischen und arabischen Raum, sind auch in Österreich viele Mädchen und Frauen von weiblicher Genitalverstümmelung (FGM) betroffen. Dies stellt eine grobe Menschenrechtsverletzung und einen Eingriff in die körperliche Integrität der Frauen dar, die in Österreich nicht toleriert werden darf“

so die Außenministerin bei einem Gespräch mit Expertinnen und Betroffenen am Dienstag, 6. März 2018, in der Krankenanstalt Rudolfstiftung. Die zugesagten Mittel sollen daher Frauen und Mädchen in den betroffenen Regionen, aber auch hier in Österreich, etwa durch verstärkte Präventionsarbeit, unterstützen:

„Wir müssen jenseits der Schockstarre, die dieses Thema bei vielen Menschen auslöst, aktiv werden. Nicht nur die Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch der Bereich Integration kommt zum Tragen, wenn wir Betroffene erreichen wollen. Weibliche Genitalverstümmelung ist ein präsent und massives Thema in unserer Gesellschaft“ so Karin Kneissl.

Bei einer Podiumsdiskussion im Außenministerium wurden gemeinsam mit Botschafterin Mara Marinaki – hochrangige Beauftragte im Europäischen Auswärtigen Dienst für die Umsetzung der UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit – auch Möglichkeiten zur Stärkung der Rolle der Frauen in Friedensprozessen diskutiert. Außenministerin Kneissl betonte bei der Eröffnung der Veranstaltung die Notwendigkeit, sich außenpolitisch für die Gleichstellung der Geschlechter einzusetzen: „Weltweit ist die Gleichberechtigung der Geschlechter noch nicht erreicht. Sie ist jedoch eine Voraussetzung für sozial gerechte, wirtschaftliche und nachhaltige Entwicklung. Der Einsatz gegen Diskriminierung und für die Verbesserung der Lage von Frauen und Mädchen weltweit ist ein langjähriges Thema der österreichischen Außenpolitik.“

<https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/03/internationaler-tag-der-frau-aussenministerin-karin-kneissl-setzt-starkes-zeichen-gegen-gewalt-an-frauen/>

8. März: Außenministerin Karin Kneissl ernennt neue Leiterin der Sektion für Entwicklungszusammenarbeit

Mit der Betrauung von Dr. Désirée Schweitzer sind Sektionsleitungen im BMEIA erstmals paritätisch besetzt.

<https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/03/aussenministerin-karin-kneissl-ernennt-neue-leiterin-der-sektion-fuer-entwicklungszusammenarbeit/>

29. August: Außenministerin Karin Kneissl eröffnet Amnesty International Konferenz mit Schwerpunkt auf Frauenrechten: „Der Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen ist Österreich ein besonderes Anliegen!“

Außenministerin Karin Kneissl eröffnete am Mittwoch den 29. August eine Konferenz von Amnesty International im Haus der Europäischen Union. Unter dem Titel „Defending Women Defending Rights“ diskutierten Frauenrechtsaktivistinnen aus der ganzen Welt über Perspektiven und Herausforderungen von weiblichen Menschenrechtsverteidigerinnen, denn sie werden besonders häufig zu Opfern von geschlechtsbezogener Gewalt. Außenministerin Karin Kneissl betonte in ihrer Eröffnungsrede: „Der Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen ist für Österreich eine Priorität. Es ist notwendig, die Sicherheit von weiblichen Aktivistinnen zu gewährleisten und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um ihren Schutz weiter auszubauen.“ Auch die Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich, Annemarie Schlack, und Marty Huber vom Verein Queer Base, sprachen bei der Eröffnung über dieses drängende Thema.

Neben der Eröffnung gab es auch spannende Diskussionen mit Vertretern der Zivilgesellschaft sowie mit Regierungs- und EU-VertreterInnen. Gemeinsam versuchte man Wege zu finden, um ein sicheres und funktionierendes Arbeitsumfeld für „Women Human Rights Defenders“ (WHRD) zu schaffen. Außenministerin Karin Kneissl machte auf die dramatische Situation der Frauenrechtsaktivistinnen aufmerksam, die oft zur Zielscheibe von geschlechtsbezogenen Drohungen und Gewaltakten werden. Von verbalen Attacken bis hin zu sexueller Misshandlung sind WHRDs heute – auch durch die modernen Technologien - gefährdeter als je zuvor. Dies liegt vor allem daran, dass die Arbeit der Frauenaktivisten oftmals als störend für traditionelle Familien-, Frauenbilder und Ehrbegriffe oder religiöse Vorstellungen empfunden wird.

<https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/08/aussenministerin-karin-kneissl-eroeffnet-amnesty-international-konferenz-mit-schwerpunkt-auf-frauenrechten-der-schutz-von-menschenrechtsverteidigerinnen-ist-oesterreich-ein-besonderes-anliegen/>

14. September: Karin Kneissl: „Neue Partnerschaft mit Afrika muss auch neue Partnerschaft mit den Frauen sein“

Außenministerin beim Informellen Treffen der EU-EntwicklungsministerInnen in Brüssel

Wien / Brüssel, 14. September 2018 – Außenministerin Karin Kneissl nahm am 14. September 2018 am Informellen Treffen der Entwicklungsministerinnen und Entwicklungsminister der EU in Brüssel teil. „Eine neue Partnerschaft mit Afrika muss auch eine neue Partnerschaft mit den Frauen sein. Wir wissen, dass es vielfach die Frauen sind, die sich ganz besonders um Bildung, Gesundheit und Wohlergehen ihrer Familien kümmern. Mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Frauen ist daher auch eine Investition in die Zukunft“, so die Außenministerin.

Ein fundamentaler Wandel der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen sei notwendig, um die akuten Probleme des Kontinents bewältigen zu können und einen Beitrag zur Eindämmung der Migrationsströme Richtung Europa zu leisten.

„Dafür braucht es Zusammenarbeit, die weit über Entwicklungszusammenarbeit hinausgeht und insbesondere Handel und Wirtschaft umfasst“, so Karin Kneissl und abschließend: „Afrika ist

vielfältig, wir brauchen maßgeschneiderte Zusammenarbeit und dürfen die lokale und regionale Perspektive nicht aus den Augen verlieren.“

Neben der neuen Partnerschaft mit Afrika wurde auch die verbesserte Verflechtung von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit diskutiert. Ebenso stand ein erster Meinungs austausch über die Gestaltung der EU-Außenfinanzierung im Rahmen des künftigen Mehrjährigen Finanzrahmens auf dem Programm.

<https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/09/karin-kneissl-neue-partnerschaft-mit-afrika-muss-auch-neue-partnerschaft-mit-den-frauen-sein/>

19. September: Karin Kneissl: „Migrationsströme eindämmen und Eigenverantwortung fördern sind die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit“

Ministerrat beschließt Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik

Wien, am 19. September 2018 – Im Ministerrat vom 19. September 2018 beschloss die österreichische Bundesregierung auf Vorschlag von Außenministerin Karin Kneissl die neue Strategie für Entwicklungspolitik für die Jahre 2019 bis 2021. „Es geht uns um nachhaltige Entwicklung, die die Menschen erreicht“, so die Außenministerin anlässlich des Beschlusses.

Armutsbekämpfung steht im Mittelpunkt des neuen Dreijahresprogramms, das auf einem breiten Konsultationsprozess aufbaut. Die Beseitigung der Armut, insbesondere extremer Armut, ist eine Voraussetzung für das Erreichen der Ziele der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ (Sustainable Development Goals). „Das Programm beruht auf Eigenverantwortung, Partnerschaftlichkeit und einem menschenrechtsbasierten Ansatz. Wir setzen in diesem Dreijahresprogramm auch einen verstärkten Fokus auf die Hilfe vor Ort mit dem klaren Ziel der Eindämmung von Migrationsströmen“, so Karin Kneissl.

Fünf Schwerpunkte wurden in einem breiten Konsultationsprozess erarbeitet: Armutsbekämpfung, nachhaltiges Wirtschaften, Umwelt- und Klimaschutz, Friede und Sicherheit sowie die Gleichberechtigung aller Mitglieder der Gesellschaft. In allen Aspekten wird auf Umwelt- und Klimaschutz sowie die Förderung von Frauen besonderer Wert gelegt. „Einen besonderen Fokus legen wir auf die Förderung von Frauen“, so die Außenministerin weiter. „Wir unterstützen Programme gegen weibliche Genitalverstümmelung, stellen Mittel für Frauengesundheit und Familienplanung bereit und verstärken unser langjähriges Engagement für Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten.“

In drei Länderkategorien wird differenziert und gezielt Entwicklungszusammenarbeit geleistet: In den ärmsten Entwicklungsländern steht die Bekämpfung extremer Armut im Vordergrund, in der Nachbarschaft das Ankurbeln der Wirtschaft und in Krisengebieten humanitäre Hilfe und friedensbildende Zusammenarbeit. „Mit dem neuen Dreijahresprogramm werden wir die Wirksamkeit der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit weiter erhöhen“, so die Außenministerin abschließend.

<https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/09/karin-kneissl-migrationsstroeme-eindaemmen-und-eigenverantwortung-foerdern-sind-die-ziele-der-entwicklungszusammenarbeit/>

5. Oktober: Karin Kneissl: „Herzlichen Glückwunsch an Nadia Murad und Denis Mukwege zum Friedensnobelpreis 2018“

Außenministerin würdigt Auszeichnung als wichtiges Signal für den Kampf gegen sexuelle Gewalt.

„Die Verleihung des Friedensnobelpreises 2018 an die UNO-Sonderbotschafterin Nadia Murad und Dr. Denis Mukwege unterstreicht wie wichtig der Kampf gegen sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen ist.“ zeigte sich Außenministerin Karin Kneissl erfreut über die Entscheidung des Nobelpreis-Komitees den Friedensnobelpreis 2018 an Nadia Murad und Denis Mukwege zu verleihen. Im vergangenen Mai traf Karin Kneissl Nadia Murad im Rahmen der Weltkonferenz über Menschenrechte „Vienna +25“.

„Als Außenministerin und auch persönlich ist mir das entschiedene Eintreten für ein Ende des Einsatzes sexueller Gewalt als Kriegswaffe ein wichtiges Anliegen. Diese abscheulichen Verbrechen können schlicht nicht hingenommen werden.“ so Karin Kneissl.

Österreich setzt sich außenpolitisch bereits seit langem für einen verbesserten Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten ein und leistet auch konkrete Hilfe für Opfer. So werden beispielsweise in Jordanien insbesondere Frauen unterstützt, die Opfer sexueller oder geschlechtsspezifischer Gewalt in Folge des Krieges in Syrien wurden.

„Mit dem Friedensnobelpreis erfährt der Einsatz gegen sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt eine wichtige moralische und öffentliche Unterstützung. Gemeinsam mit Nadia Murad, deren beeindruckende Persönlichkeit ich in einem persönlichen Gespräch in Wien vergangenen Mai selbst erleben konnte, und Denis Mukwege wird sich Österreich auch in Zukunft stark gegen diese furchtbaren Vergehen engagieren.“ so Karin Kneissl abschließend.

<https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/10/karin-kneissl-herzlichen-glueckwunsch-an-nadia-murad-und-denis-mukwege-zum-friedensnobelpreis-2018/>

12. Oktober: Außenministerin Karin Kneissl: „Anerkennung des großen Engagements Österreichs in Menschenrechtsfragen“

Österreich in den UNO-Menschenrechtsrat gewählt

„Der Menschenrechtsrat ist das zentrale Forum der UNO für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte weltweit. Wir danken für das große Vertrauen der internationalen Staatengemeinschaft, die uns in dieses wichtige Gremium gewählt hat,“ zeigte sich Außenministerin Karin Kneissl erfreut über die mehr als 171 Stimmen mit denen Österreich von der UNO Generalversammlung zum Mitglied des Menschenrechtsrats für die Periode 2019-2021 bestellt wurde.

„Unsere Mitgliedschaft im Rat erlaubt uns, unsere langjährigen außenpolitischen Schwerpunkte im Menschenrechtsbereich, wie die Stärkung der Rechte der Frau, konsequent fortzuführen,“ erklärte die Außenministerin. Weitere Schwerpunkte der österreichischen Mitgliedschaft werden der Schutz von Minderheiten, die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten und die Verteidigung der Presse- und Medienfreiheit, die Menschenrechte von Binnenvertriebenen und Menschenrechte in Justiz und Strafvollzug sein.

„Wir wollen unseren Einsatz für den Schutz der Menschenrechte nicht nur im Konferenzraum sondern auch durch konkrete politische Maßnahmen leisten“, so die Außenministerin abschließend. Der Menschenrechtsrat besteht aus 47 Mitgliedern und tagt mindestens dreimal jährlich an seinem Sitz in Genf. Die Mitgliedschaft Österreichs beginnt am 1. Jänner 2019.

<https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/10/aussenministerin-karin-kneissl-erkennung-des-grossen-engagements-oesterreichs-in-menschenrechtsfragen/>

16. Oktober: Karin Kneissl: „Österreich muss sich beim Schutz der Menschenrechte nicht verstecken“

Außen- und Integrationsministerin zeigt UNO-Expertenteam Wertekurs für Flüchtlinge

„Österreich muss sich beim Schutz der Menschenrechte nicht verstecken. Opfer von Krieg und Verfolgung finden in Österreich Aufnahme und Schutz“, so Außen- und Integrationsministerin Karin Kneissl beim Besuch eines Werte- und Orientierungskurses des Österreichischen Integrationsfonds am 16. Oktober 2018.

Gemeinsam mit einem technischen Expertenteam des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR) besuchte die Außenministerin einen speziell für Frauen mit Fluchthintergrund entwickelten Kurs des ÖIF. Der Kursbesuch soll die Anstrengungen Österreichs im Bereich der Flüchtlingsintegration unterstreichen. „Anerkannte Flüchtlinge mit den Grund- und Menschenrechten sowie dem Wertefundament unserer Gesellschaft frühzeitig vertraut zu machen, ist eine tragende Säule unserer Integrationsarbeit. Dafür leisten die Werte- und Orientierungskurse des ÖIF einen wesentlichen Beitrag, von dem besonders Frauen profitieren“, so Karin Kneissl. Die Ministerin war selbst eine knappe Stunde mit dem Expertenteam unterwegs um die österreichische Integrationsarbeit vorzustellen. „Vom Integrationsgesetz, über die Notwendigkeit, sich selbst zu engagieren und in den österreichischen Alltag einzufügen, bis hin zu ganz praktischen Fragen wie man die Mülltrennung erklärt, gibt es ein breites Spektrum an Bemühungen, die wir vorgestellt haben“, so die Außen- und Integrationsministerin.

Der Besuch des technischen Expertenteams des OHCHR hat das Ziel, die Situation von Migranten und Flüchtlingen in Österreich, sowie deren Rückkehr zu untersuchen. „Undifferenzierte und pauschalisierende Kritik lehnen wir ab“, so Karin Kneissl. Es sei für Österreich aber auch „eine Selbstverständlichkeit, mit den Institutionen der Vereinten Nationen zu kooperieren“. Die Mission setzt sich aus vier technischer Experten des Büros der Hochkommissarin für Menschenrechte (OHCHR) zusammen. Ähnliche Expertenmissionen fanden bereits in Bulgarien, Frankreich, Griechenland und Mazedonien statt. Neben dem Besuch im Integrationszentrum Wien sind weitere Gesprächstermine der UN-Expertendelegation mit verschiedenen Bundesministerien und Behörden geplant.

Der Werte- und Orientierungskurs informiert Frauen mit Fluchthintergrund über Gleichberechtigung, Frauenrechte sowie Anlaufstellen bei Gewalt in der Familie und unterstützt sie dabei, ihre Chancen und Möglichkeiten in Beruf und Gesellschaft in Österreich zu nutzen. Für Frauen mit Fluchthintergrund bietet der ÖIF darüber hinaus eigene Schwerpunktberatungen und Kursangebote zu frauenspezifischen Themen sowie Möglichkeiten zum Austausch mit ÖsterreicherInnen an. Seit Juni 2017 sind Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte verpflichtet, eine Orientierungsberatung beim ÖIF in Anspruch zu nehmen und dort eine Integrationserklärung zu unterzeichnen. Mit der Integrationserklärung verpflichten sie sich einen Werte- und Orientierungskurs sowie Deutschkursmaßnahmen zu absolvieren. Die ÖIF-Angebote stehen MigrantInnen in den Integrationszentren in allen Landeshauptstädten sowie an mobilen Beratungsstellen in den Regionen zur Verfügung.

<https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/10/karin-kneissl-oesterreich-muss-sich-beim-schutz-der-menschenrechte-nicht-verstecken/>

25. November: Karin Kneissl: „Gewalt gegen Frauen beschäftigt uns auch mitten in Österreich.“

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen beteiligt sich das BMEIA an der Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“

„Es ist inakzeptabel, dass Millionen von Frauen und Mädchen weiterhin täglich Opfer von Gewalt werden. Die Mehrzahl der Opfer von Misshandlung, Vergewaltigung, Mord und sogenannter „traditionsbedingter Gewalt“, wie weibliche Genitalverstümmelung (FGM) und Zwangsheirat, sind Frauen und Mädchen. Im Zeitalter der digitalen Medien wird auch Hass im Netz zunehmend zum Problem und ist oft Vorläufer von Gewalttaten,“ so Außenministerin Karin Kneissl anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November 2018.

„Im Rahmen der österreichischen Integrationspolitik müssen wir uns insbesondere gegen FGM und Zwangsheirat verstärkt einsetzen“, so die Außen- und Integrationsministerin. „Gewalt gegen Frauen ist ein Thema das uns auch mitten in unserer Gesellschaft beschäftigt. Dazu reicht ein Blick auf unsere Kriminalitätsstatistik,“ so die Außenministerin weiter. Das BMEIA, gemeinsam mit dem Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF), führt im Rahmen der UNO-Aktion „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ vom 25.11.-10.12. zahlreiche Aktivitäten durch, um über Initiativen in diesem Bereich zu informieren und Bewusstsein für Gewalt gegen Frauen zu schaffen. So werden unter anderem Maßnahmen des Integrationsfonds, wie Schwerpunktberatungen für Frauen und Männer, in denen u.a. das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und das Gewaltverbot in Österreich thematisiert werden, vorgestellt. Auch spezifische Projekte, die das Außenministerium fördert, werden präsentiert.

„Die Angst vor sexueller Gewalt ist einer der Gründe für Frauen, Mädchen und ihre Familien, aus Krisenregionen zu fliehen. Dort wird sexuelle Gewalt als Kriegstaktik angewandt. Das ist ein schweres Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, so Karin Kneissl. Der Kampf gegen Diskriminierung und die Verbesserung der Situation von Frauen und Mädchen weltweit ist ein langjähriges Anliegen der österreichischen Außen-, Integrations- und Entwicklungspolitik. Dabei liegen die österreichischen Schwerpunkte am Horn von Afrika, im Kaukasus sowie in der Region Südosteuropa. Das Außenministerium arbeitet eng mit Regierungen und Frauenorganisationen zusammen und setzt auf die Kooperation mit bewährten Partnern, insbesondere UN Women und dem UN Bevölkerungsfonds UNFPA. „Es ist unsere erklärte Absicht, diesen Einsatz auch während unserer Mitgliedschaft im UNO-Menschenrechtsrat, dem Österreich mit 1. Jänner 2019 für drei Jahre angehören wird, fortzusetzen“, betonte Karin Kneissl.

<https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/11/karin-kneissl-gewalt-gegen-frauen-beschaefigt-uns-auch-mitten-in-oesterreich/>

26. November: Karin Kneissl: „Müssen die Straflosigkeit bei Gewalt gegen Frauen beenden.“

Außenministerin beim Rat der Entwicklungsminister/innen in Brüssel am 26. November

„Die Schilderungen von Nadia Murad und Dr. Denis Mukwege haben mich zutiefst betroffen gemacht und zeigen einmal mehr den enormen Handlungsbedarf, um der Gewalt gegen Frauen und Mädchen ein Ende zu bereiten“, so Außenministerin Karin Kneissl beim Treffen der EU-Entwicklungsminister/innen in Brüssel. Auf Initiative Österreichs waren die diesjährigen Friedensnobelpreisträger/innen zu einem Gespräch eingeladen worden.

„Es ist einfach inakzeptabel, dass Millionen von Frauen und Mädchen weiterhin täglich Opfer von Gewalt werden. Die Mehrzahl der Opfer von Misshandlung, Vergewaltigung, Mord und sogenannter „traditionsbedingter Gewalt“, wie weibliche Genitalverstümmelung (FGM) und Zwangsheirat, sind Frauen und Mädchen“ so Karin Kneissl.

In zahlreichen Konflikten werde Gewalt gegen Frauen zudem gezielt als Kriegswaffe eingesetzt. „Diesen Praktiken müssen wir entschlossen entgegentreten. Die Verantwortlichen für solche Gräueltaten müssen zur Verantwortung gezogen werden. Denn die Straflosigkeit ist eines der Hauptprobleme. Für ein Ende der Straflosigkeit werden wir uns auch im Rahmen der

österreichischen Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen einsetzen“, so die Außenministerin.

„Prekäre Wirtschaftsverhältnisse verschlimmern noch die Bereitschaft zu Gewalt gegen Frauen“, so Karin Kneissl weiter. Auch aus diesem Grund unterstützt Österreich den Plan einer Afrika-Europa Allianz, die private Investitionen in Afrika ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen soll. Teil der gemeinsamen Bestrebungen wird die Ausrichtung eines Afrika Europa Forums am 18. Dezember in Wien sein.

„Besonders freut es mich auch, dass die Europäische Kommission die Projekte von Nadia Murad und Dr. Denis Mugwege mit zusätzlichen fünf Millionen Euro unterstützen wird“ so die Außenministerin abschließend.

<https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/11/karin-kneissl-muessen-die-strafllosigkeit-bei-gewalt-gegen-frauen-beenden/>

26. November: 16 Tage gegen Gewalt an Frauen

Außenministerin Karin Kneissl: "Es ist inakzeptabel, dass Millionen von Frauen und Mädchen weiterhin täglich Opfer von Gewalt werden."

Das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres beteiligt sich in diesem Jahr erstmalig an der Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“. Die Teilnahme des Außenministeriums an dieser Kampagne verdeutlicht, dass Gewalt an Frauen in Österreich keinen Platz hat. „Gewalt gegen Frauen beschäftigt uns auch mitten in Österreich. Die Mehrzahl der Opfer von Misshandlung, Vergewaltigung, Mord und sogenannter „traditionsbedingter Gewalt“, wie weibliche Genitalverstümmelung (FGM) und Zwangsheirat, sind Frauen und Mädchen. Im Zeitalter der digitalen Medien wird auch Hass im Netz zunehmend zum Problem und ist oft Vorläufer von Gewalttaten,“ betonte Außenministerin Karin Kneissl anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November.

Mit der Teilnahme an der 16 Tage Kampagne, ins Leben gerufen von ‚UN Women‘ und ebenso bekannt unter dem Titel ‚Orange the World‘, setzt das Außenministerium gemeinsam mit einem seiner Partner, dem Österreichischen Integrationsfonds, ein klares Zeichen gegen Gewalt an Frauen und möchte mit zahlreichen Aktivitäten über die Initiativen in diesem Bereich informieren und ein Bewusstsein gegen Gewalt an Frauen schaffen. So werden unter anderem Maßnahmen des Integrationsfonds, wie Schwerpunktberatungen für Frauen und Männer, in denen unter anderem das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und das Gewaltverbot in Österreich thematisiert werden, vorgestellt. Auch spezifische Projekte, die das Außenministerium fördert, werden präsentiert.

Alle Aktivitäten im Rahmen der „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ können auf den Social Media Kanälen des Außenministeriums sowie unter www.integrationsfonds.at/16Tage mitverfolgt werden!

<https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/11/16-tage-gegen-gewalt-an-frauen/>

7. Dezember: Karin Kneissl: „Kulturell bedingte Gewalt gegen Frauen hat in Österreich keinen Platz.“

Außen- und Integrationsministerin kündigt Förderung für Projekte gegen weibliche Genitalverstümmelung an

Außen- und Integrationsministerin Karin Kneissl lud am 7. Dezember 2018 zu einem Fachgespräch zum Thema „Kulturell bedingte Gewalt und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen“ ins Außenministerium. Die Veranstaltung war Teil der Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“, an der sich das Außen- und Integrationsministerium gemeinsam mit dem Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) beteiligt.

„Gewalt gegen Frauen findet auch mitten unter uns in Österreich statt. Weltweit werden Frauen täglich Opfer physischer, psychischer oder sexueller Gewalt“, so Karin Kneissl. Durch die Migrationsbewegungen kam es in den vergangenen Jahren auch in Österreich zu einem Anstieg kulturell bedingter Gewalt gegen Frauen, so etwa in Form von Zwangsheirat oder weiblicher Genitalverstümmelung (FGM). Bereits 2018 hat das Integrationsministerium einen Frauenschwerpunkt gesetzt. Im kommenden Jahr soll dieser Schwerpunkt weiter vertieft werden. Neben der bereits finanzierten 1 Mio. Euro für Projekte zur Förderung von Frauengesundheit und FGM-Prävention in Partnerländern Afrikas, soll auch im Rahmen des Förderschwerpunkts „Frauen“ ein zusätzlicher Förderaufruf für FGM-Projekte in Österreich erfolgen.

Der Kampf gegen die Diskriminierung von Frauen und Mädchen sowie das Eintreten für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen weltweit ist ein langjähriges Anliegen der österreichischen Außen-, Integrations- und Entwicklungspolitik. „Wir müssen deutlich machen, dass alle Frauen und Mädchen in Österreich das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben haben, frei von Gewalt und Unterdrückung“, betonte Karin Kneissl.

<https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/12/karin-kneissl-kulturell-bedingte-gewalt-gegen-frauen-hat-in-oesterreich-keinen-platz/>

10. Dezember: Karin Kneissl: „Die Ziele der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sind noch lange nicht erreicht“

Außenministerin äußert Besorgnis über globale Menschenrechtslage anlässlich des 70. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Wien, am 10.12.2018 - „In Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es: ‚Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.‘ Wenn es uns endlich gelänge, diesen Artikel umzusetzen, wäre unsere Welt heute eine ganz andere“, so Außenministerin Karin Kneissl anlässlich des Tages der Menschenrechte.

„Am 10. Dezember 1948, nach den Gräueltaten des Naziregimes, dem Horror des Zweiten Weltkrieges und den Schrecken der Jahre zuvor, kam die Weltgemeinschaft zusammen, um diesen Text von zeitloser Gültigkeit und Bedeutung anzunehmen. Siebzig Jahre danach sehen wir aber, dass wir immer noch weit davon entfernt sind, die allen Menschen angeborene Würde und ihre unveräußerlichen Menschenrechte zu garantieren und zu schützen“, zeigte sich die Außenministerin besorgt.

Weltweit geraten viele Menschenrechte immer mehr unter Druck, wie insbesondere Meinungs- und Pressefreiheit oder der Schutz vor Folter. Österreich tritt dieser Entwicklung entschieden entgegen und wird diese Position auch während der Mitgliedschaft im UNO-Menschenrechtsrat 2019-2021 vertreten. „Diese Mitgliedschaft erlaubt uns, unsere langjährigen außenpolitischen Schwerpunkte im Menschenrechtsbereich, wie u.a. den Einsatz gegen die Todesstrafe sowie für den Schutz der Rechte von Frauen, Kindern und Minderheiten, fortzusetzen. Die Unterstützung rechtstaatlicher Strukturen und der Einsatz gegen Straflosigkeit, insbesondere bei

schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, sind weitere Prioritäten der österreichischen Außenpolitik", so Karin Kneissl.

Die Mehrzahl der Opfer von Misshandlung, Vergewaltigung, Mord und sogenannter „traditionsbedingter Gewalt“, wie weibliche Genitalverstümmelung (FGM) und Zwangsheirat, sind heute Frauen und Mädchen. „Gerade bei Frauenrechten sehen wir, dass die Grundsätze der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oft nicht anerkannt werden. Gewalt an Frauen ist ein globales Problem, das uns auch mitten in Österreich beschäftigt. Wir setzen uns daher dafür ein, Straflosigkeit bei Gewalt gegen Frauen zu beenden“, so die Außenministerin weiter.

Der 70. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist auch dem besonderen Einsatz vieler Menschenrechtsverteidigerinnen und –verteidiger zu verdanken. Sie leisten tagtäglich, oft unter schwierigsten Bedingungen, einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte. „Ein Leben in Würde zu führen ist das Grundrecht eines jeden Menschen. Dafür müssen wir uns als Staatenvertreter dort einsetzen, wo uns das Leben hinstellt“, betonte Außenministerin Karin Kneissl abschließend.

<https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/12/karin-kneissl-die-ziele-der-allgemeinen-erklaerung-der-menschenrechte-sind-noch-lange-nicht-erreicht/>

BMEIA-Tweets zu frauenspezifischen Themen mit Bezug zur Umsetzung von Resolution 1325:

10. Dezember: @MFA Austria retweetet von @Karin_Kneissl Today marks 70 years since the adoption of the Universal Declaration of Human Rights. #StandUp4HumanRights

10. Dezember: @MFA_Austria Vor 70 Jahren wurde die Allg. Erklärung d. #Menschenrechte v. der @UN m. dem Ziel verabschiedet, Menschenrechte weltweit zu festigen. Ab 01.01.19 ist AT Mitglied im #UN-Menschenrechtsrat & wird bei der Stärkung des internat. Menschenrechtsschutzes mitwirken. #Standup4humanrights

9. Dezember: @MFA_Austria Anlässlich des #HumanRightsDay äußert AM @Karin_Kneissl ihre Besorgnis über die globale Menschenrechtslage: "Die Ziele der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sind noch lange nicht erreicht!"
https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181210_OTS0006/karin-kneissl-die-ziele-der-allgemeinen-erklaerung-der-menschenrechte-sind-noch-lange-nicht-erreicht
#StandUp4HumanRights

7. Dezember: @MFA_Austria „Kulturell bedingte Gewalt gegen Frauen hat in Österreich keinen Platz!“ – Integrationsministerin @Karin_Kneissl kündigt Förderung für Projekte gegen weibliche Genitalverstümmelung an. #OrangeTheWorld #16days
https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181207_OTS0193/karin-kneissl-kulturell-bedingte-gewalt-gegen-frauen-hat-in-oesterreich-keinen-platz

7. Dezember: @MFA_Austria Bei einer Podiumsdiskussion geben Fachexpertinnen des #BMEIA, #ÖIF, #FEM Süd & der @LPDWien Einblicke in die zahlreichen Initiativen, die im In- & Ausland gegen kulturell bedingte Gewalt an Frauen gesetzt werden. #OrangeTheWorld #16days

7. Dezember: @MFA_Austria Im Rahmen der Kampagne „#16Tage gegen Gewalt an Frauen“ eröffnete AM @Karin_Kneissl heute eine Veranstaltung zum Thema „Kulturell bedingte Gewalt & das Selbstbestimmungsrecht von Frauen“ im #BMEIA, die in Zusammenarbeit mit dem #ÖIF organisiert wurde. #OrangeTheWorld #16days

2. Dezember: @MFA_Austria AM @Karin_Kneissl und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Außenministeriums wollen bis 2030 #SDG5 erreichen. Insbesondere im Bereich Entwicklung und Integration werden daher entsprechende Schwerpunkte gesetzt. #OrangeTheWorld #16days #16Tage #GegenGewaltAnFrauen

29. November: @MFA_Austria „Wir stärken die Teilnahme von Frauen mit Migrationshintergrund an der Gesellschaft“ - Außen- und Integrationsministerin @Karin_Kneissl eröffnete heute die 17. Sitzung des Integrationsbeirates im #BMEIA: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181129_OTS0164/karin-kneissl-wir-staerken-die-teilnahme-von-frauen-mit-migrationshintergrund-an-der-gesellschaft

26. November: @MFA Austria retweetet von @Karin_Kneissl Privilege to meet this year's Nobel Peace Prize winners @NadiaMuradBasee & @DenisMukwege. Had the honor to host Nadia already this spring in Vienna. We must end the use of sexual violence as a weapon of war. Need to end impunity for violence against women and girls.

26. November: @MFA Austria retweetet von @EUCouncilTVNews Group photo of @DenisMukwege and @NadiaMuradBasee, 2018 #NobelPeacePrize laureates, with @EU2018AT @Karin_Kneissl, on the margins of the Foreign Affairs Council #FAC (#Development), taking place on 26 November 2018, in #Brussels.

26. November: @MFA Austria AM @Karin_Kneissl: "Es ist einfach inakzeptabel, dass Millionen von #Frauen und #Mädchen weiterhin täglich Opfer von #Gewalt werden." Näheres in der Presseaussendung: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181126_OTS0190/karin-kneissl-muessen-die-strafllosigkeit-bei-gewalt-gegen-frauen-beenden

26. November: @MFA Austria Im Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Fokus #Entwicklung) spricht AM @Karin_Kneissl heute mit d EU-Ministern f Entwicklung über d Allianz #Afrika-Europa, d künftige Finanzarchitektur für nachhaltige Entwicklung&Nachbarschaft sowie Gleichstellungs-&Menschenrechtsfragen.@EUCouncil

26. November: @MFA Austria Das #BMEIA nimmt an #16Days v @UN_Women teil! Zw 25.11 & 10.12 setzt das BMEIA ein starkes Zeichen gegen Gewalt an Frauen & führt zahlreiche Aktivitäten durch, um über bestehende Initiativen zu informieren & Bewusstsein gegen Gewalt an Frauen zu schaffen. [https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/11/16-tage-gegen-gewalt-an-frauen/...](https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/11/16-tage-gegen-gewalt-an-frauen/)

25. November: @Karin_Kneissl Millionen von Frauen & Mädchen werden täglich Opfer von Gewalt, ein Thema das uns auch mitten in Ö beschäftigt. In der Entwicklungs- & Integrationspolitik setzen wir uns besonders gegen #FGM ein - ein lange tabuisiertes Problem. #EndViolenceAgainstWomen <https://youtu.be/dvhg5Y3Fr-w>

25. November: @MFA_Austria AM @Karin_Kneissl anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen: „Es ist inakzeptabel, dass Millionen von Frauen und Mädchen weiterhin täglich Opfer von Gewalt werden.“ #BMEIA beteiligt sich auch an Aktion 16 Tage gegen Gewalt an Frauen https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181125_OTS0006/karin-kneissl-gewalt-gegen-frauen-beschaeftigt-uns-auch-mitten-in-oesterreich

18. Oktober: @MFA_Austria Anlässlich des heutigen #EUAntiTraffickingDay hob AM @Karin_Kneissl die Bedeutung des Kampfes gegen den Menschenhandel hervor. Das Anwachsen der Migrationsströme macht Menschenhandel immer mehr zu einem profitablen Geschäft und betrifft v.a. Frauen & Mädchen.

16. Oktober: @MFA Austria retweetet von @Karin_Kneissl Today is #EU Anti-Trafficking Day. Opportunity to raise awareness that human trafficking is a serious violation of human rights. Trafficking & the smuggling of migrants became a profitable crime especially because of current migration waves, often affecting vulnerable women&girls

In this context I have the particular pleasure of welcoming to Vienna, the Global Initiative against Transnational Organized Crime. A network of experts against all forms of international crimes working in the area of crime prevention and criminal justice.

16. Oktober: @MFA Austria AM @Karin_Kneissl besuchte heute gemeinsam mit einem UNO-Expertenteam einen speziell für Frauen mit Fluchthintergrund entwickelten Wertekurs des #ÖIF. Alle Infos: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181016_OTS0095/karin-kneissl-oesterreich-muss-sich-beim-schutz-der-menschenrechte-nicht-verstecken

16. Oktober: @MFA Austria retweetet von @Karin_Kneissl Wie im Gespräch mit @mbachelet in NY angekündigt: Besuch eines Werte- & Orientierungskurs für Frauen beim #ÖIF mit UNO-Menschenrechtsexperten. Wir konnten aufzeigen, dass Ö im Bereich Integration viel leistet. @UNHumanRights

16. Oktober: @MFA Austria retweetet von @AustrianDev In unseren Bemühungen für eine 🌍 ohne #Hunger spielen #Frauen eine wesentliche Rolle. Mit ihnen & unseren Partnern kämpfen wir gegen #Mangelernährung & für #Ernährungssicherheit. Am #Welthungertag & jeden einzelnen Tag. Gemeinsam können wir #SDG2 #ZeroHunger bis 2030 erreichen!

12. Oktober: @MFA Austria retweetet von @Karin_Kneissl The @UN General Assembly elected #Austria with 171 votes to the Human Rights Council for the term 2019-2021. @UN_HRC is the central platform for the protection & promotion of human rights worldwide. Thanks to the international community for the support & trust.

12. Oktober: @MFA Austria Österreich wurde mit mehr als 171 Stimmen von der #UNO Generalversammlung zum Mitglied des Menschenrechtsrats für die Periode 2019-2021 bestellt! Alle Informationen: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181012_OTS0202/aussenministerin-karin-kneissl-erkennung-des-grossen-engagements-oesterreichs-in-menschenrechtsfragen

12. Oktober: @MFA Austria retweetet von @AustriaUN Today @UN General Assembly elected #Austria with 171 votes to the Human Rights Council for the term 2019-2021 starting on 1/1/2019! Austria thanks all UNMS for the valuable support & pledges to substantially contribute to @UN_HRC by building bridges for #HumanRights!#HRCelections – bei United Nations General Assembly

11. Oktober: @MFA Austria retweetet von @Karin_Kneissl Anlässlich des #Weltmädchentag betont AM @Karin_Kneissl die Wichtigkeit des Kampfes gegen #Genitalverstümmelung von jungen Mädchen & Frauen. Dieses Jahr unterstützen wir die Opfer solcher groben Menschenrechtsverletzungen mit über 1 Mio. Euro. #EndFGM @UN_Women

11. Oktober: @Karin_Kneissl On #DayOfTheGirl I want to draw attention to Female Genital Mutilation. Over 200 million girls & women are victims of #FGM. We must continue to fight this appalling human rights violation. In 2018 @MFA_Austria earmarked over 1m Euro to help victims. #EndFGM

11. Oktober: @MFA Austria retweetet von @AustrianDev No #sustainable #development without full inclusion of women & #girls ♀ in all levels of society & decision-making processes 🙌!

#DayOfTheGirl reminds us that girls must be made part of the solution to achieve a #BetterLife4All. #SDG5

8. Oktober: @MFA Austria retweet von @Karin_Kneissl Very concerned about the murder of Victoria Marinova of Bulgaria. Marinova ist the third journalist assassinated this year in the European Union. I am also very worried about what appear to be the barbaric killing of Saudi Arabian journalist Ahmad Khashoggi of Saudi Arabia.

5. Oktober: @MFA Austria retweet von @UN_Women Austrian Minister for Europe, Integration & Foreign Affairs, @Karin_Kneissl called on the int'l community to come together to end violence against women during the #UNGA. #EndFGM @MFA_Austria @AustriaUN

5. Oktober: @MFA_Austria Außenministerin @Karin_Kneissl würdigt Verleihung des Friedensnobelpreises 2018 als wegweisend für den Kampf gegen sexuelle Gewalt: "(...) unterstreicht, wie wichtig der Kampf gegen sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen ist."

5. Oktober: @MFA Austria retweet von @Karin_Kneissl: Gratulation an die Gewinner des #Friedensnobelpreis 2018 @NadiaMuradBasee & @DenisMukwege für ihre Anstrengungen, sexueller Gewalt gegen Frauen als Kriegswaffe ein Ende zu setzen.

5. Oktober: @Karin_Kneissl My sincere congratulations to @NadiaMuradBasee & @DenisMukwege, who have been awarded the 2018 Nobel Peace Prize for their efforts to end the use of sexual violence against women as a weapon of war & armed conflict. Had the pleasure to meet Nadia Murad in Vienna in May.

2. Oktober: @MFA_Austria Spannender Austausch zw AM @Karin_Kneissl und dem stellvertretenden @UNSCOL Philippe Lazzarini über Möglichkeiten zur Stabilisierung Syriens um Rückkehr v Flüchtlingen zu ermöglichen. Fokus auf schutzbedürftige Flüchtlingsgruppen wie vor allem Kinder und Frauen.

29. September: @MFA Austria retweet von @Karin_Kneissl: AM @Karin_Kneissl unterstreicht bei ihrem gestrigen Treffen mit Henrietta Fore @unicefchief das Engagement & die Rolle von @UNICEF bei der Verteidigung von Kinderrechten & der Verbesserung d Lebensumstände v Kindern. Sie sprachen auch über mögliche Kooperationen zu #FGM. #unga

29. September: @Karin_Kneissl: Meeting w. @UNICEF Executive Director Henrietta Fore @unicefchief. Very much value UNICEF's unwavering commitment to defend children's rights & help improving their conditions through various projects&programms. Talked about a possible cooperation in the fight against FGM #UNGA

19. September: @MFA_Austria Heute wurde das neue Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Ministerrat beschlossen. AM @Karin_Kneissl: "Migrationsströme eindämmen und Eigenverantwortung fördern sind die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit!" #OEZA
https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180919_OTS0057/karin-kneissl-migrationsstroeme-eindaemmen-und-eigenverantwortung-foerdern-sind-die-ziele-der-entwicklungszusammenarbeit

19. September: @MFA Austria retweet von @Karin_Kneissl: Der Ministerrat hat heute das Dreijahresprogramm der österr. Entwicklungszusammenarbeit beschlossen. Schwerpunkte liegen auf Armutsbekämpfung, nachhaltiges Wirtschaften, Umwelt- und Klimaschutz, Friede & Sicherheit sowie Gleichberechtigung aller Mitglieder der Gesellschaft.

14. September: @MFA_Austria: Außenministerin @Karin_Kneissl beim Informellen Treffen der EU-EntwicklungsministerInnen in Brüssel: „Neue Partnerschaft mit Afrika muss auch neue Partnerschaft mit den Frauen sein“

14. September: @MFA_Austria AM @Karin_Kneissl & HV @FedericaMog heute beim informellen Treffen der EntwicklungsministerInnen d. #EU in Brüssel. Behandelt werden u.a. Themen der EU-Außenfinanzierung im mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020 & die künftige EU-Afrika Kooperation. #eu2018at @EUCouncil

13. September: @MFA_Austria Alle relevanten Informationen zum heute vorgestellten #Integrationsbericht2018:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180913_OTS0127/karin-kneissl-frauen-sind-der-motor-der-integration

13. September: @MFA_Austria Gemeinsam mit Mitgliedern d Expertenrates für Integration spricht AM @karin_kneissl beim heutigen Pressetermin über die Ergebnisse des #Integrationsbericht2018. Der jährliche Integrationsbericht ist eine wichtige Komponente einer faktenbasierten Analyse der ö Integrationspolitik

29. August: @MFA Austria retweet von @Karin_Kneissl: Heute bei der @amnesty-Konferenz „Women Human Rights Defenders’ Perspectives and Challenges“ im Haus der Europäischen Union. Menschenrechtsverteidiger sind weltweit täglich massiven Bedrohungen ausgesetzt. Das gilt besonders für weibliche Menschenrechtsverteidiger.

29. August: @MFA Austria retweet von @Karin_Kneissl: Daher ist es notwendig, die Sicherheit von weiblichen Menschenrechtsverteidigern zu gewährleisten & alle Möglichkeiten auszuloten, den Schutz für sie auszubauen. Bewundere & unterstütze diese mutigen Frauen!

25. August: @MFA_Austria Auch 70 Jahre Allgemeine Erklärung d. #Menschenrechte & 25 Jahre #VDPA sind Thema bei BMEIA Retreat in #Alpbach. @Karin_Kneissl und die Panelisten, diskutieren, wie #Diversität & #Universalität d. #Menschenrechte in Einklang gebracht werden können. #UDHR #EU4humanrights #efa18

19. August: @MFA Austria Today’s World Humanitarian Day reminds us that civilians & aid workers are #NotATarget. Austria works for a better implementation of International Humanitarian Law & to end impunity for violators. This is also a priority of the Austrian EU Presidency #eu2018at. @UNOCHA

17. August: @MFA_Austria Begrüßen die Freilassung von #TanerKiliç nach 14 Monaten in Untersuchungshaft in der #Türkei. Rechtsstaatliches Verfahren nach internat. Standards muss für alle gelten. MenschenrechtsverteidigerInnen & Zivilgesellschaft sind wichtige Partner für das Funktionieren von Demokratie

10. August: @MFA_Austria Gratulation an Michelle Bachelet @mbachelet zur Ernennung als Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für #Menschenrechte. @UNHumanRights

10. August: @MFA Austria retweet von @Karin_Kneissl: Congratulations to @mbachelet on her approved nomination as UN Human Rights Commissioner. I am delighted to see a woman with an impressive biography in this position! The promotion & protection of #HumanRights across the globe is a priority for Austrian foreign policy.

6. August: @MFA Austria retweet von @Karin_Kneissl: Freue mich über den Besuch des Vereins Aktion Regen, der wichtige Arbeit für Gesundheit & Familienplanung in Entwicklungsländern

leistet. Frauen, die Kontrolle über ihren Körper haben, sind eine wichtige Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen.

12. Juli: @Karin_Kneissl #ShaparakShajarizadeh wegen Abnehmens des Kopftuchs zu 20 Jahren Haft zu verurteilen, ist eine eklatante Menschenrechtsverletzung. Es ist inakzeptabel, Frauen vorzuschreiben, wie sie sich zu kleiden haben. Das entscheiden wir für uns selbst.

12. Juli: @MFA_Austria retweet von @Karin_Kneissl: „Das Kopftuch ist ein Symbol für die Unterdrückung der Frauen“ - Außenministerin verurteilt Haftstrafe für Iranerin #ShaparakShajarizadeh Shajarizadeh
https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180712_OTS0126/karin-kneissl-das-kopftuch-ist-ein-symbol-fuer-die-unterdrueckung-der-frauen

10. Juli: @MFA Austria retweet von @EU2018AT This week the respective Austrian Ministers present #eu2018at priorities at the @EUparliament committees. Today it's the @EP_GenderEqual, @norbertghofer at @EP_Transport, @EP_Trade, @Karin_Kneissl at @EP_ForeignAff, @EP_Environment, @EP_Industry & @EP_Regional's turn.
<https://twitter.com/EU2018AT/status/1016609772597137408>

26. Juni: @MFA Austria retweet von @Karin_Kneissl 200 million women and girls worldwide are victims of female genital mutilation in 2018. This severe violation of women's rights cannot be justified by culture, tradition or other reason. We are committed to fight #FGM at #HRC38 and through our Development Cooperation. @UNGeneva

11. Juni: @MFA_Austria Positive Bilanz nach einem Jahr #Integrationsgesetz - starker Anstieg von Frauenanteil in Werte- und Orientierungskursen:
https://www.integrationsfonds.at/newsbeitrag/1-jahr-integrationsgesetz-teilnahme-von-frauen-in-wertekursen-durch-verpflichtung-mehr-als-verdoppelt_3305/

24. Mai: @Karin_Kneissl Heute findet die 16. Sitzung des #Integrationsbeirats im #BMEIA statt, u.a. mit @ZRamadani84. Schwerpunkte des #Integrationsbeirats sind: #Frauen und #Integration an Schulen

23. Mai: @MFA_Austria Österreich setzt sich weiterhin für den anhaltenden Dialog über die drängenden Menschenrechtsfragen ein. Wir werden eine aktive Rolle bei der Weiterverfolgung der #vienna25 Empfehlungen übernehmen&diese m Unterstützung v @UNHumanRights dem @UN_HRC & der #UNGA zur Kenntnis bringen

23. Mai: @MFA_Austria AM Karin_Kneissl beendet die "Vienna+25" Konferenz im Wiener Rathaus; 25 Jahre nach der Weltkonferenz für Menschenrechte 1993 gilt: Der Schutz aller Menschenrechte liegt in unser aller Verantwortung

23. Mai: @MFA_Austria Zum Abschluss v #vienna25 diskutiert d hochrangige Expertenpanel mit @CStrohal @HochschildF @HilalElver @bandanarana2014 Diego García-Sayán, UN-Sonderberichterstatter für d Unabhängigkeit von Richtern & Rechtsanwälten und @amnesty @GaurivanGulik über das Thema „The way forward“

23. Mai: @MFA_Austria Nach zwei Tagen intensiver Diskussion in den Arbeitsgruppen präsentieren heute die TeilnehmerInnen die praxisorientierten Empfehlungen für Staaten und andere Stakeholder #vienna25

23. Mai: @MFA_Austria Im Rahmen der #vienna25 diskutieren MenschenrechtsexpertInnen über globale Entwicklungen wie #Digitalisierung, demographische Veränderungen, #Urbanisierung und #Klimawandel und deren Auswirkung auf Menschenrechte #humanrights

23. Mai : @MFA_Austria Tag zwei der Konferenz „Vienna+25: Building Trust – Making Human Rights a Reality for All“ #vienna25 beginnt mit einer Fortsetzung der Arbeitsgruppen zu den Themen „Menschenrechte und Sicherheit“ & „Förderung von Gleichberechtigung in unseren Gesellschaften“

22. Mai: @MFA_Austria Unter dem Leitgedanken „Vertrauen schaffen – Menschenrechte für alle verwirklichen“ stehen die Themen „Menschenrechte und Sicherheit“ und die „Förderung von Gleichberechtigung in unseren Gesellschaften“ im Mittelpunkt der Arbeitsgruppen #vienna25

22. Mai: @MFA_Austria retweet von @Karin_Kneissl Kneissl 25 years ago the #ViennaDeclaration and Programme of Action unequivocally reaffirmed that “all human rights are universal, indivisible and interdependent & interrelated”. Today together with @UNHumanRights #Zeid Ra'ad Al Hussein at #Vienna25 we recall this fundamental principle.

22. Mai: @MFA_Austria Außenministerin @Karin_Kneissl: „Menschenrechte als wichtiger Stabilisator im Umgang mit Herausforderungen der Zukunft“ #vienna25 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180522_OTSo164/aussenministerin-karin-kneissl-menschenrechte-als-wichtiger-stabilisator-im-umgang-mit-herausforderungen-der-zukunft

22. Mai: @MFA_Austria #vienna25: @NadiaMuradBasee @maxschrems, Menschenrechtsaktivistin Susana Chiarotti, Rechtsanwältin Hauwa Ibrahim & @EURightsAgency @MichaelCJT diskutieren über #Digitalisierung, demographische Veränderungen, #Urbanisierung, #Klimawandel sowie deren Auswirkungen auf #Menschenrechte

22. Mai: @MFA Austria retweet von @EURightsAgency What #HumanRights challenges have emerged in the 25 years since the World Conference on Human Rights? What is the biggest challenge in 2018? FRA Director @MichaelCJT is chairing a #Vienna25 panel today to hear from rights champions from around the world.

22. Mai: @MFA_Austria Für #vienna25 haben sich heute in Wien führende MenschenrechtsexpertInnen aus aller Welt versammelt, um praxisorientierte Empfehlungen zu erarbeiten, die Österreich dann in den @UN, wie z.B. im UNO-Menschenrechtsrat, für den Ö gerade kandidiert, vorantreiben will @UNHumanRights

22. Mai: @MFA Austria retweet von @UNHumanRights #Vienna25: There will be no peace for any country until there is respect & justice. There will be no sustainable prosperity unless all can benefit. Human equality and dignity are the path towards peace in the world. -- UN Human Rights Chief #Zeid

22. Mai: @MFA Austria retweet von @UNHumanRights #Vienna25: The way to honour the Vienna Declaration and Programme of Action is to act. #HumanRights are not just words to be nodded at sagely at anniversaries. -- UN Human Rights Chief #Zeid.

22. Mai: @MFA Austria retweet von @UNHumanRights It was here in Vienna that States recommended the creation of the mandate which I am honoured to occupy: the UN High Commissioner for #HumanRights -- UN Human Rights Chief #Zeid on #Vienna25

22. Mai: @MFA_Austria AM @Karin_Kneissl „1993 setzte wichtige Meilensteine für den weltweiten Menschenrechtsschutz. Bei der #vienna25 ist es Zeit, einen Blick nach vorne zu werfen: Wir müssen Rückschritte vermeiden und auch in Zukunft die Würde&Rechte aller Menschen in den Mittelpunkt stellen“

22. Mai: @MFA_Austria AM @Karin_Kneissl „Globale Trends wie Digitalisierung oder Urbanisierung gehen mit Chancen aber auch komplexen Fragen für unser tägliches Leben einher. Menschenrechte sind bei all diesen Entwicklungen wichtige Instrumente f nachhaltige Sicherheit&sozialen Zusammenhalt“ #vienna25

22. Mai: @MFA_Austria AM @Karin_Kneissl „Es muss uns zu denken geben, dass der Verteidigung von Grund-&Menschenrechten zunehmend mit Desinteresse oder Misstrauen begegnet wird. Daher rücken wir aktuelle Trends, die im Leben jedes/jeder Einzelnen Niederschlag finden, ins Zentrum d Konferenz“ #vienna25

22. Mai: @MFA_Austria Außenministerin @Karin_Kneissl @UNHumanRights #Zeid Ra'ad Al Hussein und Bürgermeister Michael #Häupl eröffnen Menschenrechtskonferenz „Vienna+25: Building Trust – Making Human Rights a Reality for All“ #vienna25

22. Mai: @MFA_Austria Eine der Errungenschaften der Weltkonferenz 1993 war die Schaffung des @UNHumanRights Büros mit Sitz in #Genf. Ziel der #vienna25 ist es nun durch praxisorientierte Empfehlungen an relevante Akteure die weitere Verbesserung des Menschenrechtsschutzes voranzutreiben

22. Mai: @MFA_Austria 2018 feiern wir das 25.Jubiläum der Wiener Weltkonferenz über Menschenrechte. Im Rahmen d Konferenz 1993 wurde das Dokument „Vienna Declaration and Programm of Action (VDPA)“ angenommen, das entscheidend zur Schaffung eines neuen globalen Menschenrechtssystems beitrug #vienna25

22. Mai: @MFA Austria retweet von @UNHumanRights In 2018, we celebrate the 25th anniversary of the World Conference on #HumanRights. Watch LIVE via @MFA_Austria:

22. Mai: @MFA Austria retweet von @CStrohal „Vienna+25 - realizing all human rights for all“ kicks off with - music, of course. „Superar“ children choir. #vienna25

22. Mai: @MFA Austria LIVESTREAM: Auf der Facebook Seite des Außenministeriums können Sie die Eröffnung der hochrangigen Menschenrechtskonferenz „Vienna+25“ mitverfolgen #vienna25 #humanrights

22. Mai: @MFA Austria Heute findet im Wiener Rathaus die Konferenz „Vienna+25: Building Trust – Making Human Rights a Reality for All“ statt. #vienna25 Weitere Informationen zur Konferenz und zum Programm erhalten Sie online unter: <http://www.bmeia.gv.at/vienna25>

22. Mai: @MFA Austria retweet von @AustrianDev Want to build a safe, free and prosperous world? Not possible if half of us are #leftbehind. Gender inequality affects us all! Join us on 25 May to put #GenderEquality at the ♥ of our world. #EUAction #SDG5 #HerWorldOurWorld <https://herworldourworld.eu/> @europeaid

21. Mai: @MFA_Austria 25 Jahre sind seit der Weltkonferenz für Menschenrechte 1993 vergangen. Aus diesem Anlass findet von 22.-23. Mai 2018 mit der "Vienna+25" eine hochrangige Expertenkonferenz statt. Im Video haben wir für Sie Details zusammengefasst #vienna25 <http://www.bmeia.gv.at/vienna25>

21. Mai: @MFA_Austria REMINDER: Morgen eröffnen Außenministerin @Karin_Kneissl und UNO-Hochkommissar @UNHumanRights #Zeid Ra'ad Al Hussein die Menschenrechtskonferenz „Vienna+25“ in #Wien #vienna25

18. Mai: @MFA_Austria REMINDER: Außenministerin @Karin_Kneissl und @UNHumanRights Zeid Ra'ad Al Hussein eröffnen am 22. Mai Menschenrechtskonferenz „Vienna+25“ in Wien

#vienna25 [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180518_OTS0018/reminder-aussenministerin-karin-kneissl-und-uno-hochkommissar-zeid-raad-al-hussein-eroeffnen-menschenrechtskonferenz-vienna25-in-wien ...](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180518_OTS0018/reminder-aussenministerin-karin-kneissl-und-uno-hochkommissar-zeid-raad-al-hussein-eroeffnen-menschenrechtskonferenz-vienna25-in-wien...)

15. Mai @MFA_Austria Presseeinladung: Am 22. Mai eröffnet Außenministerin @Karin_Kneissl zusammen mit @UNHumanRights #Zeid Ra'ad Al Hussein die Konferenz „Vienna+25: Building Trust – Making Human Rights a Reality for All“ #Vienna25 im Wiener Rathaus <https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2018/05/presseeinladung-aussenministerin-karin-kneissl-und-uno-hochkommissar-fuer-menschenrechte-zeid-raad-al-hussein-eroeffnen-menschenrechtskonferenz-vienna-25-in-wien/> ... & <http://www.bmeia.gv.at/vienna25>

3. Apr. @MFA_Austria #Pressegespräch von AM @Karin_Kneissl über Schwerpunkte der #Integrationsarbeit und Maßnahmen für positives Zusammenleben in Ö abseits von Religionszugehörigkeiten: Angebot speziell für #Frauen und an #Schulen intensivieren; Bildung von #Parallelgesellschaften entgegenwirken.

3. Apr. @MFA_Austria AM @Karin_Kneissl besucht #Werte- und #Orientierungskurs des Österreichischen Integrationsfonds. Erlernen der deutschen #Sprache und Einhaltung von Werten wie #Rechtsstaatlichkeit und #Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau als Schlüssel für gelungene #Integration.

7. März @MFA Austria retweet @MaraMarinakiEU My special thanks to #Austria MFA for inviting me to join an excellent #IWD2018 event with warm welcome by FM @Karin_Kneissl and looking forward now in promoting together our #EU #WPS agenda during upcoming Austrian presidency #WomensDay2018 #EU4WOMEN

7. März @MFA_Austria Internationaler #Frauentag - Karin Kneissl setzt starkes Zeichen gegen #GewaltGegenFrauen https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180307_OTS0160/internationaler-tag-der-frau-aussenministerin-karin-kneissl-setzt-starkes-zeichen-gegen-gewalt-an-frauen #InternationalWomensDay

6. März: @MFA_Austria MFA Austria AM Karin Kneissl spricht anl. des #InternationalWomenDay mit Expertinnen der #Rudolfstiftung & #FEMSüd über weibliche #Genitalverstümmelung. Zusage von zusätzlicher Unterstützung durch #BMEIA für Betroffene in Österreich und Herkunftsländern sowie mehr Präventionsarbeit. #EndFGM

6. März @MFA_Austria Zum #InternationalWomensDay diskutierten heute Außenministerin Karin #Kneissl u. Adviser on Gender & on the Implementation of UNSCR1325 Mara #Marinaki @EEASgendeR1325 Möglichkeiten zur Stärkung der Rolle der Frau, auch in Friedensprozessen.

22. Februar @MFA Austria retweet von LICHT FÜR DIE WELT @LFDWat Beim heutigen Treffen im @MFA_Austria haben sich Außenministerin Karin Kneissl und Licht für die Welt Inklusionsexpertin @yetnebersh_lftw u.a. zum Thema Bildung von Mädchen mit Behinderungen ausgetauscht. @AustrianDev @LinhartBMEIA @SchallenbergA

3. Januar: @MFA_Austria Außenministerin Karin Kneissl hat heute an der Eröffnung des neuen Ban Ki-moon Centre for Global Citizens @BkmCentre teilgenommen, das unter Leitung von #BanKiMoon & #HeinzFischer in #Wien die Anliegen von jungen Menschen & #Frauen voranbringen wird. #SDGs #GlobalCitizen

Presseaussendungen der ADA

8.3.2018: ADA fördert mit 1 Million Euro Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung / Die ADA ruft österreichische Nichtregierungsorganisationen auf, Projekte gegen weibliche Genitalverstümmelung umzusetzen und Förderungen zu beantragen.

20.9.2018: Weltnachrichten: Mit Frauenpower in die Zukunft / Frauen und Männer haben die gleichen Rechte – theoretisch. In der Praxis sieht das anders aus. Was getan werden muss, damit sich diese Lücke schließt, und welche Schlüsselrolle Frauen für nachhaltige Entwicklung weltweit spielen, zeigen die aktuellen Weltnachrichten der Austrian Development Agency.

7.12.2018: 16 Tage zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen: Gleichberechtigung muss überall Realität werden.

Anhang 2: Aktivitäten der österreichischen Vertretungsbehörden zur Förderung der Ziele von Resolution 1325 – exemplarische Liste

Um Solidarität mit Opfern von geschlechtsspezifischer Gewalt zu demonstrieren, setzte das BMEIA 16 Tage lang ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen. Durch eine Fülle an bundesweiten Veranstaltungen, der Vorstellung von „Best Practice“-Projekten und zahlreichen social-media-Aktivitäten und Presseaussendungen konnte ein breites Publikum für dieses Thema sensibilisiert und auf Hilfsangebote aufmerksam gemacht werden. Darüber hinaus fand am 7. Dezember eine Expertinnendiskussion zum Thema „Kulturell bedingte Gewalt und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen“ im BMEIA statt. In ihren Eröffnungsworten betonte Außenministerin Karin Kneissl, dass seit einigen Jahren auch in Österreich Formen kulturell bedingter Gewalt, wie z.B. Zwangsheirat oder weibliche Genitalverstümmelung, verstärkt vorkommen. Dagegen müsse entschieden vorgegangen werden. Oberstes Ziel sei die Stärkung der Selbstbestimmung von Frauen, für die sich Österreich im In- und Ausland stark macht.

Weiters beteiligte sich auch eine Reihe von Botschaften und Vertretungsbehörden an der VN-Kampagne „Orange the World: End Violence against Women and Girls“

So beleuchtete die ÖB Chisinau das Amtsgebäude im Zeitraum der Kampagne in orange, um Solidarität mit den Opfern von geschlechtsspezifischer Gewalt zum Ausdruck zu bringen.

Die ÖB Bukarest trug mit Facebook-Aktivitäten und Texten gegen Gewalt an Frauen dazu bei.

Die ÖB Canberra, die ÖB Islamabad, die ÖB Paris und die ÖB Skopje beleuchteten über den Zeitraum das Amtsgebäude in orange.

Die ÖB Podgorica lud 12 Vertreterinnen der Zivilgesellschaft und des Diplomatischen Corps zu einem Abendessen in die Residenz, um über das Thema Gewalt gegen Frauen und Resolution 1325 zu diskutieren.

Der österreichische Botschafter in Prag lud am 21. November die „Czech Women’s Lobby“ sowie interessierte Botschafterinnen und Botschafter (Finnland, Norwegen, Schweden) zu einem gemeinsamen Foto-Shooting in die Residenz ein, um die „16 Days of Activism against gender based violence“ zu unterstützen.

Botschaftsaktivitäten im Besonderen:

ÖB Amman

- Die ÖB nahm am 21. Jänner an der Abschlussveranstaltung für das gemeinsame Projekt „Mother Schools: Parenting for Peace!“ von Frauen ohne Grenzen und Mercy Corps teil. Das Projekt wurde in weiteren zehn Ländern implementiert.
- Die ÖB nahm am 25. September an einer Veranstaltung der EU-Delegation teil, im Zuge derer das österreichisch-jordanische Projekt „TEENAH“ ausgezeichnet wurde. TEENAH wurde 2016 von Agnes Aistleitner und Raneem Meqbel gegründet. Durch seine Tätigkeit als „social manufacturing company“ hat TEENAH Jobs für syrische Flüchtlingsfrauen in Jordanien geschaffen.
- Die ÖB nahm am 21. November am „Gender Donor Coordination Meeting“ teil. Auf Ebene der Head of Missions wurden gemeinsam mit UN WOMEN und der EU-Delegation die Errungenschaften der letzten zwölf Monate besprochen und ein „Advocacy Plan“ für die zukünftige Tätigkeit ausgearbeitet.

- Die ÖB nahm am Treffen der EU-Missionschefinnen und –chefs (EU-HoMs) mit jordanischen Frauenaktivistinnen am 6. Dezember an der EU-Delegation teil. Die Wichtigkeit der stärkeren Fokussierung der „Advocacy-Maßnahmen“ wurde thematisiert und es herrschte Einigkeit, dass ein langfristiges Engagement aller Akteure (Frauenrechtsorganisationen, EU, VN) nötig sei, um Fortschritte in Jordanien zu erzielen.

ÖB Athen

- Am 22. Februar nahm die österreichische Botschafterin an der Tagung der „European Union of Women“ (EUW) – der Griechenland-Sektion in Athen zum Thema „Frauen als Unternehmer“ teil. Die EUW wurde 1953 durch die österreichische Abgeordnete, Dr. Lola Solar, gegründet, um Frieden und wirtschaftliches Wachstum in Europa in freundschaftlicher Beziehung in einem Frauennetzwerk voranzutreiben. Derzeit gehören der EUW 17 Nationen an. Die EUW hat Beraterstatus beim Europarat (EuR) und Sonderberaterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC).
- Als Follow - up zu den Empfehlungen des Lissabon-Forums von 2016 organisierte das „North-South Centre“ des EuR von 3. bis 4. Oktober in Athen eine Konferenz zum Titel „Migrant, Refugee and Asylum seeking Women and Girls in the EUROMED region“. Die Konferenz thematisierte unterschiedliche Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Migrationskontexten und zeigte die existierenden legalen Instrumente zur Verhinderung von Gewalt und Diskriminierung sowie zum Schutz von Frauen und Mädchen auf. Die ÖB Athen nahm an der Eröffnung der Konferenz teil.
- Am 25. Juli hielt die österreichische Botschafterin auf Einladung der Region Kretas einen Vortrag über „Weibliches Unternehmertum in Österreich und darüber hinaus“ anlässlich der Tagung der Handelskammer von Heraklion zum Thema „Weltoffenheit: Wachstumsmotor“ im Rahmen der „Woche der Frauen 2018“.
- Die ÖB Athen war bei der Konferenz „Women in European Politics“ am 17. und 18. November, die von der Vertretung der Europäischen Kommission (EK) in Griechenland sowie von der Stadt Athen organisiert wurde, vertreten. Die Konferenz wurde anlässlich des Jahrestages der Unterzeichnung der Athener Deklaration „Women in Power“ am 2. November 1992 veranstaltet und gab einen Überblick über die Entwicklungen und die Einbindung von Frauen in die europäischen Entscheidungsprozesse.

ÖB Bangkok

- Die ÖB Bangkok nahm an einer vom „United Nations Organisation on Drugs and Crime“ (UNODC)-Regionalbüro für Südostasien & Pazifik gemeinsam mit dem „Thailand Institute of Justice“ organisierten und von Ihrer Königlichen Hoheit Prinzessin Bajrakitiyabha Mahidol geleiteten Studienreise mit anschließendem regionalen Colloquium zum Thema „Empowering Vulnerable Communities and Women for Sustainable Development“ in Chiang Mai und Chiang Rai teil. Die Veranstaltung hatte einen Austausch von „Best Practices“ und Erfahrungen zu Entwicklungsinitiativen, die eine Verbesserung der Situation von besonders schutzwürdigen Gruppen – insbesondere weiblichen Häftlinge – bewirken sollen, zum Ziel.

ÖB/ÖKF Brüssel

- Die Österreichische Botschafterin ist Mitbegründerin des und aktive Teilnehmerin im „Women Ambassadors Network“ in Brüssel. Dieses vernetzt Botschafterinnen aus allen

Kontinenten mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

- Die ÖB Brüssel nahm an einem von den Büroleiterinnen der VN-Organisationen in Brüssel organisierten „Networking-event“ für Frauen in Führungspositionen anlässlich des internationalen Frauentages am 8. März teil.
- Auf Einladung der Österreichischen Botschafterin erfolgte ein Austausch mit der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ)-Delegation „Frau in der Wirtschaft“.
- Das Österreichische Kulturforum (ÖKF) Brüssel nahm am „European Union National Institutes for Culture“ (EUNIC)-Projekt „Dialogue with Emperor Qin“, das vom 16. Dezember 2017 bis 15. Februar 2018 in Antwerpen stattfand, mit dem österreichischen Beitrag „Peacemakers“ von Birgit Pleschberger teil.
- Das ÖKF organisierte weiters zahlreiche Veranstaltungen zu Frauenthemen: Eine Diskussion zum Gedenkjahr im Rahmen des EUNIC-Projekts „Remembering 1918, Symposium Daydreaming Nations“ über die Rolle der Geschichte bei der Gestaltung eines friedlichen Europas im 21. Jahrhundert (3. und 4. Februar und 3. Dezember). Der Workshop „Migration und Integration“ handelte von den vielschichtigen Arbeits- und Bildungswegen der Herkunftsfamilien österreichischer Kinder in Belgien im Rahmen der Initiative „Österreichische Schule in Brüssel“ (17. März). Im Theaterstück „Mother Song“ ging es um die Trauerarbeit und das Abschiednehmen von Frauen im Nahen Osten sowie deren vertrauliche Konversationen (24. und 25. April). Ebenso fand die Buchpräsentation „Frieden bauen, heißt weiterbauen“ von Ulrike Lunacek mit anschließender Diskussion über Westeuropa, Westbalkan und Türkei statt (25. April). Eine Tanzperformance unter Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern der ehemaligen Donaumonarchie im Zuge der EUNIC-Gedenkveranstaltung „Too Soon Too Late – 1918 European Dreams of Modernity“ mit österreichischem Tanzbeitrag von Aldina Topcagic über eine von intensiven Kriegserlebnissen geprägte Frau (25. bis 27. Mai). Die Oper und der Dokumentarfilm „Mitra“ von Eva Reiter über die sozial- und regimekritische iranische Psychoanalytikerin Mitra Kadivar und ihre nach Denunziation erfolgte Einweisung in die Psychiatrie in Teheran sowie deren Freilassung nach internationalen Interventionen (9. bis 12. Mai, 6. und 7. November). Die Ausstellung „Les femmes dans l’Art Brut?“ zeigte „unverfälschte“ Kunst, beeinflusst von psychischen Krankheiten, Isolation, sexuellem Missbrauch von Frauen oder Frauendarstellungen mit Werken aus der Sammlung Hannah Rieger (5. Oktober 2018 bis 10. Februar 2019). Das Theaterstück „Jackie“ aus Elfriede Jelineks Prinzessinnendramen eröffnete eine neue Sicht auf Jacqueline Kennedy und Marilyn, die „Geliebte“ ihres Mannes und die von der Gesellschaft aufgedrängten Rolle der Frau (13. bis 17. November). Die Theateraufführung „Der erste Große Krieg, die letzten Tage der Menschheit“ von Teatro Caprile beleuchtete die Zeit von Beginn des 1. Weltkriegs, dem Friedensschluss mit seinen Folgen für Kriegsgewinner und –verlierer bis zur Gründung der Ersten Republik (10. Dezember).

ÖB Canberra

- Die ÖB unterstützte das Süd-Nord-Botschaftsprojekt „ARTtalk Fiji – building a communications platform for the Arts in Fiji“ mit Bezug zur effektiven Mitsprache und Mitwirkung von Frauen in sicherheits- und demokratiepolitischen Fragen. ARTtalk Fiji wurde 2017 als Plattform für die Verbreitung von Kunstinformationen und zur Präsentation der fidschianischen Kunstszene gegründet. Die finanzielle Förderung der Einrichtung eines Büros zur Herstellung von monatlichen online Magazinen und Podcasts und zur

Verbreitung von Informationen über Kunstveranstaltungen im Wege von Facebook/Instagram/Twitter kommt insbesondere der Darstellung der weiblichen Kunstszene, der Vorstellung von Künstlerinnen, der Bewerbung ihrer Kunstveranstaltungen und der Zugänglichmachung ihrer Kunst für eine breite Öffentlichkeit zu Gute.

ÖB Chisinau

- Die österreichische Botschafterin nahm an einer Diskussion mit anderen EU-Botschafterinnen im Rahmen einer TV-Sendung teil, wo im Rahmen eines offenen Gesprächs über Frauenrechte und „Best Practices“ im Bereich Gender in Österreich, Deutschland, Schweden, Großbritannien und Italien diskutiert wurde.
- Die österreichische Botschafterin ist eine der Begründerinnen des sogenannten „Ladies’ Lunch“, in deren Rahmen die EU-Botschafterinnen Gespräche mit wichtigen weiblichen moldauischen Politikerinnen, Spitzenbeamtinnen, Vertreterinnen der Zivilgesellschaft und Journalistinnen führen. Diese Veranstaltung findet ca. einmal monatlich statt; die Botschafterin nimmt daran regelmäßig teil.
- Die ÖB beteiligt sich jährlich sehr aktiv an der vom Women’s Club initiierten Organisation des „Winter Charity Bazaars“.
- Die österreichische Botschafterin nimmt regelmäßig an den Veranstaltungen, Projekten und Konferenzen teil, die der Förderung von Frauenrechten dienen. Beispielsweise sind das von ADA finanzierte Projekt in der Republik Moldau „ProDem“ und das vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz geförderte Projekt „GirlsGoIT“ zu nennen.

ÖB Dakar

- Im Rahmen eines Süd-Nord-Botschaftsprojekts wurden Maßnahmen zur nachhaltigen Einkommensgenerierung für ein Frauenhaus im Süden des Senegal unterstützt, welches kostenlos Unterstützungsleistungen für Frauen und Mädchen anbietet, die Opfer von Gewalt wurden.

ÖB New Delhi

Amtsbereich Indien

- Während des ganzen Jahres fanden zahlreiche Kulturveranstaltungen mit überwiegendem Schwerpunkt auf „weiblicher Kunst“ statt (u. a. Christiane Stolhofer/Ausstellung Holzbildhauerei , Cordula Nossek/Puppentheater, Marlene Hausegger/„Artist in Residence“, Hannah Breitfuss/Ausstellung, Anna Babka und Andrea Seidler/Literaturveranstaltung, Gastspielreise der Frauengruppe „Trio Inferno“/Marialena Fernandes/Mareike Janowski/Barna Banfi).
- Im Berichtszeitraum waren mehrere Auslands- und Sozialdiener, darunter eine Freiwillige, bei Organisationen mit speziellem Schwerpunkt „Women Empowerment“ und Förderung von Kindern tätig (u.a. „Nishta Rural Health, Education and Environment Center“, „Tibetan Settlement Office Dharamshala“).
- Der Frauen- und Deradikalisierungsexpertin Edit Schlaffer wurden diverse Hilfestellungen bei Recherchen geleistet (Friedensbewegung in Westbengalen, „Mahanirban Calcutta Research Group“).

- Mitte des Jahres organisierte die ÖB gemeinsam mit der gemeinnützigen „Neptune Foundation“ ein Hilfsprojekt für aus unterprivilegierten Verhältnissen stammende Mädchen der Internatsschule „Arya Kanya Gurukul
- Die ÖB führte im Dezember gemeinsam mit der auf Frauen- und Kinderaktivitäten spezialisierten NGO „Chintan“ ein speziell auf Frauen-Gesundheitsthemen fokussiertes „Health Camp“ im „Vivekananda“-Slum durch.

Amtsbereich Bhutan

- In Kooperation zwischen dem „United Nations Development Programme“ (UNDP) und dem ADA-Büro-Thimphu konnte die Studie „Women’s Health and Life Experiences 2017- A Study on Violence against Women in Bhutan“ realisiert werden. Die vorläufigen Ergebnisse wurden am 17. September, im Rahmen eines Workshops, von der Nationalen Kommission für Frauen und Kinder (NCWC) vorgestellt. Die Studie liegt zur öffentlichen Konsultation auf.
- Im Bereich Monitoring von Gleichstellungspolitik konnte in Kooperation mit UNDP und ADA im Rahmen des „Universal Periodic Review Process“ (UPR) ein „Gender Indication Handbook“ und ein erster Entwurf zu einer nationalen Gleichstellungspolitik von Frauen erstellt werden.
- Um für die Gleichstellung von Frauen und Männer zu sensibilisieren fand am 18. Mai im ADA- Büro Thimphu ein eintägiger Workshop zu „Environment, Gender and Social Standards“ (EGSIM) statt. Im Rahmen des Workshops konnten nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Koordinationsbüro zu genderrelevanten Fragestellungen, sondern auch zehn Projektmitarbeiter der Königlichen Regierung Bhutans sensibilisiert werden.

Amtsbereich Bangladesch

- Die 2017 begonnenen Hilfestellungen der in Bangladesch tätigen NGO „Sonne International“ (Heim für Schülerinnen einer ethnischen Minderheit) wurden auch im Berichtszeitraum fortgesetzt.

Amtsbereich Nepal

- Die Psychologin und Psychotherapeutin Beatrix Wimmer hielt im November einen Workshop „Gestalttherapie“ in Kathmandu ab.
- Im Berichtszeitraum waren Auslands- und Sozialdiener aus Österreich auch bei Institutionen zur Besserstellung von Mädchen (u.a. „Light for Nepal“, „Verein Grenzenlos-Interkultureller Austausch“) in Nepal tätig.

ÖB Den Haag

- Die österreichische Botschafterin ist Mitglied des neu gegründeten „International Gender Champions Hub Den Haag“. Als International Gender Champion unterstützt sie den „Panel Parity Pledge“ und hat darüber hinaus zwei individuelle Versprechen gemacht.
- Die Botschafterin engagierte sich aktiv in den Botschafterinnengruppen, deren Mitglieder regelmäßig Veranstaltungen mit Gastrednerinnen und Gastrednern organisieren.

- Die Botschafterin nützt regelmäßig ihre Reden und Wortmeldungen bei Sitzungen diverser Arbeitsgruppen internationaler Organisationen in Den Haag, etwa dem internationalen Strafgerichtshof (IStGH) oder der „Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons“ (OPCW), um sich für die Erhöhung des Frauenanteils in Entscheidungspositionen einzusetzen und besucht Veranstaltungen zum Thema.
- Bei den zahlreichen von der ÖB organisierten Veranstaltungen wird darauf geachtet, dass Frauen und Männer – soweit möglich - gleichermaßen am Podium vertreten sind. Auch wurden zu den Treffen der EU Head of Missions (HoMs) ein bestimmter Anteil von Frauen als Gastrednerinnen eingeladen.
- Die ÖB hält Kontakt mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich u.a. für Frauen in bewaffneten Konflikten einsetzen und Opfer sexueller Gewalt zB vor dem IStGH vertreten. Die ÖB besucht regelmäßig von NGOs zu diesem Themenbereich organisierte Veranstaltungen.
- Gemeinsam mit dem Friedenspalast und dem „Bertha von Suttner Peace Institute“ in Den Haag organisierte die ÖB eine große Feier anlässlich des 175. Geburtstags von Bertha von Suttner. Mit Vorträgen - u.a. Bundespräsident a.D. Heinz Fischer - Lesungen, Workshops und einer Theateraufführung von Anita Zieher wurde Bertha von Suttners und ihrer Rolle als Frau in der internationalen Friedensbewegung gedacht.
- Die ÖB ist auch aktives Mitglied des auch von ihr gegründeten WIL „Women in International Law“-Netzwerks.

ÖV Genf

- Österreich hat sich im VN-Menschenrechtsrat (VN-MRR) aktiv an den Verhandlungen zu diversen Frauenrechts-Resolutionen beteiligt und die Stärkung der Frauenrechte unterstützt, so etwa in den Resolutionen zu Beendigung von Gewalt gegen Frauen, Beendigung der Diskriminierung von Frauen, Eliminierung von FGM und der Prävention von Müttersterblichkeit in humanitären Situationen (Österreich unterstützte die Beibehaltung der Referenz zu Resolution 1325).
- In der UPR im Rahmen des VN-MRR spricht Österreich regelmäßig an andere Staaten Empfehlungen zu Frauenrechten, der Situation und Partizipation von Frauen aus.
- Die ÖV Genf nimmt aktiv an dem von Kanada und den Niederlanden geleiteten „Women’s Rights and Gender Issues Network“ teil, das sich u.a. um eine bessere Berücksichtigung von Frauenrechten in der Arbeit des VN-MRR bemüht.
- Die österreichische Botschafterin gehört in ihrer persönlichen Eigenschaft dem „Geneva Gender Champions Network“, einem Netzwerk aus Führungspersönlichkeiten des internationalen Genf, das sich um eine Überwindung geschlechtsspezifischer Barrieren bemüht, an, und hat in diesem Zusammenhang konkrete „Pledges“ abgegeben, darunter die Selbstverpflichtung, nur an Panels teilzunehmen, denen mindestens eine Frau angehört.
- Renate Winter ist nach wie vor Mitglied des Kinderrechtskomitees, dessen Vorsitzende sie 2017 war.

ÖB Jakarta

- Im Rahmen der Kampagne „Orange the World: End Violence against Women and Girls“ von UN Women wurde gemeinsam mit der EU-Delegation und anderen europäischen Botschaften in Jakarta ein Video produziert und online verbreitet.
- Es erfolgte ein intensiver Austausch mit UN Women, UNFPA und United Nations Children's Fund (UNICEF) im Bereich FGM und Initiativen zur Bekämpfung dieser Praxis.

ÖB Kuwait

- Im Dezember wurde ein Treffen von Bundesministerin Dr. Karin Kneissl mit Frauenrechtsaktivistinnen und Vertreterinnen von Frauenrechtsgruppen organisiert.
- Die ÖB nahm anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März an der Veranstaltung der „Women's Cultural and Social Society“ (WCSS, gegründet 1963) teil.
- Die ÖB koordinierte den Nominierungsprozess der kuwaitischen NGO „LOYAC“, die sich für Jugend- und Frauenrechte einsetzt, für den Chaillot-Preis 2018 im Rahmen der lokalen EU-Ratspräsidentschaft.
- Die ÖB organisierte Treffen mit diversen Menschen- und Frauenrechtsaktivistinnen und Frauenrechtsaktivisten (u.a. Kuwait Human Rights Society, WCSS, Abolish153, Kuwait Lawyers Association) in Zusammenarbeit mit der EU-Delegation in Riyadh.

ÖB Kopenhagen

- Die ÖB führte mehrere Projekte und Veranstaltungen mit Künstlerinnen und Akademikerinnen sowie einige politische High-Level Events mit aktiver Teilnahme von Politikerinnen und Vertreterinnen aus Österreich durch, u.a. im Rahmen des UN Women-Nordic Office. Dabei wurde vor allem auch die Mitsprache und Mitwirkung von Frauen in demokratiepolitischen Fragen erörtert.
- Die österreichische Botschafterin nahm aktiv an einer High-Level Veranstaltung des „United Nations Women-Nordic Office“ gemeinsam mit dem Netzwerk der Botschafterinnen in Dänemark teil.
- Die Botschafterin nimmt regelmäßig an Veranstaltungen und Diskussionsrunden des Botschafterinnen-Netzwerks teil, zu denen hochrangige dänische Gesprächspartner bzw. Vortragende eingeladen werden.

ÖB Mexiko

- Grundsätzlich werden die Themen Frauenrechte, Rolle der Frauen, Gewalt gegen Frauen, Bekämpfung von Femiziden und Notwendigkeit von besseren Maßnahmen zum Schutz der Frauen von der ÖB regelmäßig im Verbund mit anderen EU-MS und der EU-Delegation in Mexiko auf allen Regierungsebenen thematisiert. Mexiko ist auch dank Betreiben des EU-Botschafters nun mit einem Budgetentwurf in Höhe von 10 Mio. EUR in die „EU-Spotlight-Initiative“ zur Eliminierung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen inkludiert.
- Die ÖB hält im Rahmen ihrer Tätigkeiten ständigen Kontakt zu Frauenaktivistinnen, Journalistinnen, NGOs, Künstlerinnen sowie weiblichen Regierungs- und Parlamentsmitgliedern. Ferner beteiligt sie sich regelmäßig an zahlreichen Initiativen und

Koordinierungstreffen der EU-Delegation sowie der Ad-hoc-Menschenrechtsgruppe in Mexiko in diesem Bereich. Vertreterinnen und Vertreter der ÖB nehmen regelmäßig an Konferenzen und Sitzungen zu genderspezifischen Themen teil.

- Der Österreichische Botschafter nahm an der Vorstellung der von UN WOMEN in Zusammenarbeit mit mexikanischen Stellen erarbeiteten Studie zu „Gewalt gegen Frauen in Mexiko 1985-2016“ („La Violencia Femenicida en México, Aproximaciones y Tendencias 1985-2016“) im Rahmen des Treffens der EU-Botschafterinnen und Botschafter am 24. Jänner teil.
- Im Rahmen der Nord-Süd-Botschaftsprojekte 2018 unterstützt die ÖB seit November 2018 das Projekt „Bewegung für unsere Vermissten in Mexiko“ der mexikanischen NGO Serapaz (Service und Beratung für den Frieden), die Gruppen von Familienangehörigen von Opfern von erzwungenem Verschwindenlassen begleitet. Dieses Projekt richtet sich mehrheitlich an Frauen zwischen 40 und 60 Jahren. Es sind in Mexiko vermehrt Frauen aus diesen Zusammenschlüssen der Familien, die nach ihren vermissten Familienangehörigen suchen.
- Für die dritte UPR - Überprüfung Mexikos im VN-MRR im November setzte sich die ÖB für eine österreichische Empfehlung zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, einschließlich Femizide und erzwungenes Verschwindenlassen, ein. In Vorbereitung nahm eine Vertreterin der ÖB an Treffen mit Organisationen der Zivilgesellschaft u.a. zu „Gender & Sexuality/Frauenrechte und Gewalt gegen Frauen“ teil.
- Die ÖB nahm an der Präsentation des Berichts über die Leistungsbeurteilung des Mechanismus AVGM („*Mecanismo de Alerta de Violencia de Género contra las Mujeres*“) mit Bezug auf die Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen von EUROsociAL+ am 19. Oktober in Mexiko-Stadt teil.
- Die ÖB ist Mitglied eines Netzwerkes von Diplomatinen in Mexiko, das regelmäßig Treffen mit prominenten Frauen aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft organisiert.
- Anlässlich des 70. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember und hier insbesondere zum Thema „Rechte der Frau“ organisierte das KF Mexiko am 4. Dezember die Vorführung der prämierten Dokumentation „Martas Koffer“ einschließlich anschließender Podiumsgespräche mit dem österreichischen Regisseur Günter Schwaiger an der Universität El Claustro de Sor Juana in Mexiko Stadt und an der Universität de Guadalajara am 5. Dezember. In Guadalajara setzten sich mit Regisseur Schwaiger in der dem Film folgenden Diskussionsrunde die für Frauenfragen zuständige Abgeordnete des Bundesstaates Jalisco, Dra. Candelaria Ochoa Avalos, die für Kultur und Bildung zuständige stv. Direktorin des Nationalratsausschusses für Diskrimination (CONAPRED), Mag. Tania Ramirez Hernandez, die sich mit Frauenmorden und Gewalt gegen Frauen beschäftigende Journalistin Mag. Anna G. Lozano sowie der Filmwissenschaftler u. Dozent Dr. Alvaro Arturo Fernandez Reyes (UdG) mit den Themen des Films und dessen Aktualität auch im mexikanischen Alltag auseinander.
- In Nicaragua implementiert die ADA seit 1. Jänner gemeinsam mit dem Vertragspartner „Miriam“ das Projekt: „Stärkung der Gendergerechtigkeit, Förderung und Durchsetzung der Rechte von Frauen, Kindern und Jugendlichen“. Das Projekt ist mit insgesamt 261.600 EUR dotiert, der OEZA-Kofinanzierungsanteil beträgt 25%. Das Projekt läuft von 1. Jänner 2018 bis 31. Dezember 2020. Ziel des Projekts ist die Förderung und Durchsetzung

der Rechte vor allem von Frauen, aber auch Kindern und Jugendlichen auf ein Leben in Würde mit Bildung und ohne Gewalt in ländlichen Gemeinden in Nicaragua.

- In Guatemala implementiert die ADA ebenfalls seit 1. Jänner mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2021 das Projekt „Stärkung der Zivilgesellschaft für indigene Landrechte am Lago Atitlán“. Vertragspartner sind Horizont3000 und das „Comite Campesino Del Altiplano“. Die Gesamtvertragssumme ist 598.921 EUR. Der OEZA-Kofinanzierungsanteil beträgt 6,86%. Projektziel ist die Stärkung der Führungskapazitäten von Frauen und Jugendlichen sowie der Gemeindeältesten zur Verteidigung ihrer Rechte in der Region Cuenca Sur am Lago Atitlán.

ÖB Moskau

- Zu Jahresbeginn traf die ÖB mit der Kulturwissenschaftlerin Irina Scherbakowa von der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ zusammen, um über aktuelle Fragen zur Vergangenheitspolitik in Russland zu sprechen.
- Anlässlich des Besuchs von Bundesministerin Dr. Karin Kneissl im April in Moskau organisierte die ÖB ein informelles Treffen mit „Memorial“, bei dem auch die renommierte Menschenrechtsaktivistin Svetlana Gannushkina vertreten war.
- Bei einem Treffen der ÖB mit der russischen Ombudsfrau für Menschenrechte Mitte des Jahres wurde unter anderem die Lage im Nordkaukasus erörtert.
- Im Juli wurde Alla Gerber in der Residenz des österreichischen Botschafters in Moskau der Austrian Holocaust Memorial Award überreicht.
- Im Herbst des Jahres beteiligte sich die ÖB gemeinsam mit der örtlichen EU-Delegation und einigen diplomatischen Vertreterinnen und Vertreter anderer EU-MS an der Beobachtung eines Verfahrens gegen eine renommierte Menschenrechtsaktivistin mit Bezug zur Situation in Tschetschenien.
- Im Dezember war die ÖB bei der Verabschiedung von Lyudmila Alekseyeva vertreten, die als Doyenne der russischen Menschenrechtsverteidigerinnen- und -verteidiger galt.
- Zum Jahresende nahm eine Vertreterin der ÖB an einem Austausch mit der russischen G20-Sherpa im Rahmen eines informellen Netzwerks von Frauen in der Diplomatie teil.
- Thematisch relevante Veranstaltungen der örtlichen EU-Delegation wurden seitens der ÖB im Verlauf des Jahres über soziale Medien beworben.

ÖV New York

- Österreich beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen zu den Schlussfolgerungen („agreed conclusions“) im Rahmen der 62. Sitzung der Frauenstatuskommission, die von 12. bis 23. März in New York zum Schwerpunktthema „Herausforderungen und Chancen für Gleichstellung und Ermächtigung von Frauen und Mädchen im ländlichen Raum“ tagte. Österreich beteiligte sich auch an den Verhandlungen der Resolutionen zum Jubiläumsjahr der Pekinger Erklärung und Aktionsplattform 2020; zu den Arbeitsmethoden der Frauenstatuskommission; zu Frauen, Mädchen und HIV/Aids; zu Frauen und Kindern in Gefangenschaft; sowie zur Situation palästinensischer Frauen. Österreich brachte sich durch eine nationale Stellungnahme, im Rahmen des EU-Beitrags und durch eine Stellungnahme des Netzwerks menschlicher Sicherheit ein und unterstützte die Abhaltung von fünf Nebenveranstaltungen. Gemeinsam mit den

zivilgesellschaftlichen Organisationen „Global Network of Women Peacebuilders“, „United Methodist Women“ und der ADA wurde ein Side-Event zu „Localization of UNSCR 1325: A strategy for rural women’s empowerment“ organisiert, welches Vertreterinnen der Zivilgesellschaft aus Georgien, Republik Moldau, der Ukraine, Demokratische Republik Kongo und Kolumbien eine Plattform bot, um über die Möglichkeiten und die Herausforderungen bei der Umsetzung von Resolution 1325 auf lokaler Ebene zu diskutieren. Im Rahmen der Freundesgruppe für die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten konnte ein Side-Event zum Thema „Dangerous assignments: Safety of women journalists“ organisiert werden.

- Am 16. April fand im VN-SR eine offene Debatte zu Frauen, Frieden und Sicherheit statt, welche sich insbesondere mit strukturellen Faktoren, die Gewalt gegen Frauen und Mädchen begünstigen, Rechenschaftspflichten und Strafverfolgung sowie mit der Unterstützung für und der Rehabilitierung von Opfern befasste. AT gab eine nationale Stellungnahme ab, in der u.a. die vulnerable Situation von Minderheiten in Konflikten, die Notwendigkeit von Strafverfolgung und Rechtsprechung sowie die Rehabilitierung von Opfern angesprochen wurde. Österreich beteiligte sich außerdem an den Stellungnahmen der EU, der Freundesgruppe Frauen, Frieden und Sicherheit sowie des Netzwerks menschlicher Sicherheit.
- Österreich nahm auch an der Debatte des VN-SR zum Schutz von Zivilisten am 22. Mai teil und beteiligte sich mit einer nationalen Stellungnahme sowie im Rahmen von Stellungnahmen der EU, der Freundesgruppe zum Schutz von Zivilpersonen und des Netzwerks menschlicher Sicherheit. Dabei wurden insbesondere die dramatischen Auswirkungen von Konflikten auf Frauen und Mädchen betont.
- Am Rande der hochrangigen Woche der 72. VN-GV nahm Österreich am 26. September an einem Treffen der Kontaktpunkte für Frauen, Frieden und Sicherheit (Focal Points Network on WPS) zum Thema „The Security Council and Women, Peace and Security: Fostering Practical Action“ teil. Am 27. September nahm Österreich an einer Veranstaltung des WPHF unter dem Titel „Accelerating the Women’s Movement for Peace & Humanitarian Action“ teil. Im Zuge der Veranstaltung wurde die „WPHF 40 by 20“-Kampagne lanciert, durch welche bis Ende 2020 – dem 20-Jahrjubiläum der Resolution 1325 40.000.000 USD aufgebracht werden sollen, um die Partizipation und Ermächtigung von Frauen sowie Frauen in Führungsrollen zu fördern. Österreich konnte im Rahmen der Veranstaltung die finanzielle Unterstützung des WPHF für dessen Arbeit im Irak durch die ADA in Höhe von 1.000.000 EUR ankündigen, die später auf 2.000.000 EUR erhöht wurde (siehe auch S. 15)
- Österreich nahm außerdem an der Veranstaltung zum Internationalen Tag zur Beseitigung sexueller Gewalt in Konflikten am 19. Juni zum Thema „Notlage und Rechte von aus Kriegen geborenen Kindern“ sowie am Arria-Treffen des VN-SR am 26. Oktober zum Thema „Schutz von Kindern, die aufgrund sexueller Gewalt in Konflikten geboren wurden“, teil.
- Österreich setzte sich im Rahmen der Resolutionsverhandlungen zur Überprüfung der VN-Anti-Terrorismusstrategie für die Berücksichtigung von Menschenrechten und insbesondere der Rechte von Frauen bei der Bekämpfung des Terrorismus und des gewalttätigen Extremismus ein.
- Österreich nahm an der jährlichen Debatte des VN-SR zu Frauen, Frieden und Sicherheit am 25. Oktober unter bolivianischem Vorsitz teil. Thema der jährlichen Debatte war die

Implementierung der Frauen, Frieden und Sicherheits-Agenda und nachhaltige Friedenssicherung durch die politische und wirtschaftliche Ermächtigung von Frauen. Wie in den Vorjahren stieß die offene Debatte auf reges Interesse der VN-MS. Österreich beteiligte sich durch eine nationale Stellungnahme sowie im Rahmen von Stellungnahmen der EU und der Freundesgruppe für Frauen, Frieden und Sicherheit. In der nationalen Stellungnahme schilderte Österreich die Initiativen, die es in Bezug auf Frauen, Frieden und Sicherheit gesetzt hat: den österreichischen Beitrag zum WPHF, das österreichische Engagement im Kampf gegen geschlechterspezifische Gewalt sowie Österreichs Engagement zum Schutz von weiblichen Menschenrechtsverteidigerinnen.

- Im Rahmen des 2. Komitees der 73. VN-GV und im humanitären Bereich setzte sich Österreich aktiv für die Umsetzung der Agenda 2030 – insbesondere die Stärkung der Frauenrechte und Gleichstellung – in zahlreichen Resolutionen ein, insbesondere die Resolution zur Sicherheit von humanitärem Personal und zum Schutz des VN-Personals.
- Im Rahmen des 3. Komitees der 73. VN-GV setzte sich Österreich aktiv für die Stärkung der Frauenrechte in zahlreichen Resolutionen ein, insbesondere in den Resolutionen zur Bekämpfung des Menschenhandels, zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und zur Bekämpfung von Kinderheirat, Frühverheiratung und Zwangsheirat.
- Im Rahmen des 5. Komitees der 73. VN-GV unterstützte Österreich im Rahmen der Verhandlungen über die Finanzierung politischer Sondermissionen und friedenserhaltender Operationen die Schaffung bzw. Beibehaltung von häufig umstrittenen Posten im Gender-Bereich.
- Im Rahmen des 6. Komitees der 73. VN-GV setzte sich Österreich insbesondere im Rahmen der Resolutionsverhandlungen über den Status der Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen und über die Strafrechtliche Verantwortlichkeit von VN-Bediensteten und Sachverständigen im Auftrag der VN für die Rechte von Frauen ein.

ÖB Ottawa

- Anlässlich des Weltfrauentages fand am 28. März in Ottawa das Konzert „Women of Note – Music by European Women Composers“ statt, welches in Zusammenarbeit mit den Vertretungsbehörden mehrerer EU-MS und der EU-Delegation organisiert wurde.
- Die englische Fassung der Wanderausstellung Kalliope Austria wurde in Hamilton (Ontario), Wolfville (Nova Scotia), Halifax (Nova Scotia) und Saint John's (Newfoundland) gezeigt. Anfang Dezember wurde die Ausstellung erstmals in französischer Sprache an der Université de Montréal gezeigt. In Zusammenarbeit mit verschiedenen akademischen Institutionen wird die französische Fassung auch 2019 weiter im Osten Kanadas gezeigt werden. Die englischsprachige Fassung wird im März 2019 – in Zusammenhang mit einem Projekt zum Weltfrauentag - an der University of Ottawa zu sehen sein.

ÖB Paris

- Die ÖV UNESCO nahm aktiv an den Diskussionen im Rahmen der UNESCO und der einschlägigen Freundesgruppe zur Verhütung von gewalttätigem Extremismus und zu interkulturellem Dialog teil und sprach sich für die volle Einbindung von Frauen in diese Prozesse ein. In diesem Zusammenhang unterstützt die ÖV UNESCO die Beteiligung der österreichischen NGO „Women Without Borders“ in Projekten und Konferenzen der UNESCO, die mit ihren „Mother Schools“ mittels eines „bottom-up“ Prozesses die

Partizipation und Ermächtigung von Frauen in Deradikalisierungs- und Friedensprozessen fördert.

- Die ÖV UNESCO unterstützte den Gender-Schwerpunkt der UNESCO, der sich durch alle Sektoren und Aktivitäten der UNESCO zieht - von der stärkeren Einbindung von Frauen in Bildung, Wissenschaft, Kultur/Kreativwirtschaft, Medien, Information und Kommunikation, zur Sicherheit von Journalistinnen und sozialen Transformationsprozessen, einschließlich der Umsetzung von Gleichstellungspolitiken für die Förderung von inklusiven und nachhaltigen Gesellschaften im Sinne der Agenda 2030 der Vereinten Nationen.
- Eine Vertreterin der ÖB hielt im Schuljahr 2017/18 einen Vortrag an der International School of Paris über die beruflichen Möglichkeiten im Bereich internationaler Beziehungen. Zielpublikum waren Mädchen im Alter von neun bis zwölf Jahren.

ÖB Podgorica

- Die ÖB organisierte eine von der lokalen OSZE-Vertretung initiierten Reise einer montenegrinischen Parlamentarier- und Beamtendelegation nach Wien zum Thema „Gender Responsive Budgeting“ von 25. bis 27. September mit.
- Die Österreichische Botschafterin besuchte am 15. Oktober das „Zentrum für Frauenrechte in Podgorica und diskutierte mit der Direktorin, Maja Raičević über Frauenfragen.
- Die ÖB nahm an diversen OSZE-Briefings zur Umsetzung der ODIHR/OSZE Wahlempfehlungen zu Montenegro teil. Eine der zentralen und noch nicht umgesetzten Empfehlungen ist die Erhöhung des Frauenanteils in politischen Funktionen.
- Die ÖB nahm an einer Konferenz anlässlich des internationalen Menschenrechtstages mit Schwerpunkt „Gewalt gegen Frauen“ teil.
- Die ÖB nahm am Treffen zum EU Gender Action Plan 2016-2020 am 9. März und am 6. Dezember zur Vorbesprechung von gemeinsamen Initiativen für 2019 teil.
- Die Wanderausstellung „Kalliope Austria“ wurde in drei Städten präsentiert: Nikšić von 6. bis 20. März.; Bijelo Polje von 29. Juni bis 10. Juli.; und Podgorica von 24. Mai bis 15. Juni und von 28. November bis 31. Dezember im Parlament Montenegros beim Besuch von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, der bei der Eröffnung der Ausstellung ausführlich und medienwirksam auf die Thematik der Mitsprache und Mitwirkung von Frauen in demokratiepolitischen Fragen und die Notwendigkeit der Erhöhung des Frauenanteils in Entscheidungspositionen einging.

ÖB Prag

- Der Österreichische Botschafter nahm am 21. Juni als Gastredner an der vom tschechischen Regierungsamt organisierten internationalen Konferenz „Roads to Gender Equality“ teil und sprach im Panel „Inspiration from abroad (examples of good practice)“.

ÖB Riga

- Am 7. Dezember nahm die österreichische Botschafterin an einem Treffen von sechs in Lettland akkreditierten Botschafterinnen (Österreich, Finnland, Spanien, Georgien, Schweden, Vereinigte Staaten) in der Residenz der schwedischen Botschafterin in Riga

teil. Österreich schlug dabei, analog zu Women Diplomats of Warsaw, eine allfällige stärkere Koordination von Diplomatinen und hochrangigen Vertreterinnen des Empfangsstaates vor. Thema war außerdem ein verstärkter Kontakt mit weiblichen Parlamentarierinnen zu Frauenthemen.

ÖB Rom

- Die ÖB nahm an einer Veranstaltung im italienischen Senat zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ am 7. November teil.
- Die ÖB nahm an einer Koordinationssitzung zur Umsetzung der Resolution 1325 in der finnischen Botschaft unter Einbeziehung der italienischen Expertin für Resolution 1325 im italienischen Außenministerium und einer Vertreterin des Women in international Security (WISS) Netzwerkes in Rom am 28. November teil.

ÖB Santiago de Chile

- Anlässlich der VN-Kampagne „Orange the World: End Violence against Women and Girls“ nahm die ÖB an der Kampagne „Orange the World“ teil, in dem die Residenz zwischen 25. November und 10. Dezember orange beleuchtet wurde.
- Im Dezember fand anlässlich der Vorbereitung des UPR für Chile ein Meinungs austausch mit verschiedenen relevanten staatlichen und NGO-Vertreterinnen und Vertreter über einschlägige chilenische Initiativen statt.

ÖGK Shanghai

- Aus Anlass des Weltfrauentages am 8. März veröffentlichte das Österreichische Generalkonsulat (ÖGK) Shanghai die Kommentare und Gedanken der Mitarbeiter des ÖGK, des Außenwirtschaftscenters und des Österreichs-Zentrums. Die Kommentare waren anonymisiert und wurden am 8. März auf dem in China üblichen Medium „WeChat“ (vergleichbar What’sApp/Facebook) sowie auf der Homepage gepostet.

ÖB Sofia

- Am 5. Dezember nahm die ÖB am Treffen und Diskussionsrunde der Botschafterinnen in Bulgarien mit der Direktorin des bulgarischen „Fund for Women“, Nadejda Dermendieva teil.

ÖV Strassburg

- Der EuR hat am 7. März eine neue Gender Equality Strategy von 2016 bis 2023 verabschiedet. Zuvor war bereits eine Gender Equality Strategy 2014-2017 in Anwendung.
- Weiters verfügt der EuR über eine Gender Equality Commission, deren Vorsitzende 2018 die Österreicherin Eva Fehringer (BMASGK) ist.
- Unter den gewählten Führungsfunktionen des EuR übte bis Herbst des Berichtszeitraums die 2. Präsidentin des Salzburger Landtags Gudrun Mosler-Törnström die Funktion der Präsidentin des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas aus. Sie war die erste Frau in dieser Funktion
- Das Amt der österreichischen Richterinnen am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wird seit 2015 durch Gabriele Kucsko-Stadlmayer ausgeübt.

- Von 19. bis 21. November fand mit Unterstützung des EuR das „World Forum for Democracy“ unter dem Titel „Gender Equality: Whose Battle?“ statt.

ÖB Tiflis

- Die ÖB realisierte zwei Kulturprojekte, in der die Rolle der Frau im Vordergrund stand:

Im Juni organisierte die ÖB eine Ausstellung über die Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner. Diese lebte zwischen 1876 bis 1885 in Georgien und widmete sich ihrer schriftstellerischen und journalistischen Tätigkeit. Die ÖB kuratierte eine Ausstellung über ihr Leben in Georgien und zeigte sie im Tifliser Staatsarchiv (Juni) und Parlament (Oktober). Das Projekt hatte große mediale Resonanz und Aufmerksamkeit im Lande und brachte der ersten Friedensnobelpreisträgerin große Popularität in Georgien.

Am 19. Oktober fand die Ausstellung des Freud-Museums Wien „Das ist das starke Geschlecht. Frauen in der Psychoanalyse“ mit Einführungsvortrag an der Ilia Universität Tiflis statt; initiiert wurde die Ausstellung durch die Österreich-Bibliothek. Parallel zur Ausstellung wurde eine internationale Konferenz zum Thema „MEDEA – Femininity, Motherhood, Love and Hate“ vom 18.-20. Oktober in der Staatlichen Javakhishvili Universität Tbilisi veranstaltet.

Weiters wurden zwei Projekte von der ADA durchgeführt:

„Local National and Regional Strategies to Improve the Implementation of UNSCR 1325 in Armenia, Azerbaijan, Georgia, Moldova and Ukraine“: Das Projekt läuft gemeinsam mit dem Partner „Global Network of Women Peacebuilders“ seit Februar 2017 und wird Ende 2019 enden. Das Projektbudget beträgt 723.000 EUR. Ziel des Projekts ist die Umsetzung von Resolution 1325 in Georgien. Eine Analyse der bestehenden Initiativen zu Friedensförderung wurde in Georgien durchgeführt. In Georgien und auch auf internationaler Ebene werden Strategien entwickelt, wie die Resolutionen umgesetzt werden kann. Medien sind durch Schulungen und Workshops eingebunden, damit sie Bewusstsein zu ihrer Rolle bei deren Umsetzung schaffen. Insgesamt 700 Personen profitieren direkt vom Projekt.

„Women’s Economic Empowerment in the South Caucasus“: Das Projekt fing im Dezember an und wird voraussichtlich bis 2021 laufen. Partner ist UN Women. Ziel des Projekts besteht darin, sicherzustellen, dass Frauen, insbesondere die armen und sozial ausgegrenzten, wirtschaftlich ermächtigt werden und an relevanten Entscheidungsprozessen des Landes teilnehmen, d.h. sich selbstständig machen und auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Zielsetzung ist, dass Georgien angemessene gesetzgeberische und politische Rahmenbedingungen setzt, um die wirtschaftliche Stärkung der Frauen zu fördern. Außerdem werden die Regierung und öffentliche Institutionen geschlechtsspezifische Programme, öffentliche Dienstleistungsstellen, Strategien und Pläne für die wirtschaftliche Stärkung der Frauen in Armenien und Georgien entwickeln und liefern. Das Projekt zielt darauf ab, 1.070 Frauen aus Armenien, Aserbaidschan und Georgien zu erreichen.

ÖB Tripolis

- Am 7. Dezember fand im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft eine Diskussionsrunde unter den EU-Missionschefinnen und Missionschefs, Vertreterinnen und Vertretern der Balkanstaaten sowie zwei libyschen Aktivistinnen aus den Bereichen

Wirtschaft und Gesellschaft sowie Politik und Menschenrechte mit Schwerpunkt auf der Rolle der Frau in der Libyenkrise statt.

- Die ÖB co-veranstaltete mit Kanada und den VN einen Menschenrechtsworkshop von libyschen Aktivistinnen und Aktivisten am 10. Dezember in Tunis als Fortsetzung des Workshops zu Gewalt gegen Frauen und Kinder vom Menschenrechtstag 2017.

ÖV Wien

- Die ÖV Wien beteiligt sich an der „International Gender Champions“-Initiative, die, ausgehend von Genf und New York, seit dem Jahr 2017 auch in Wien gesetzt wurde und zum Ziel hat, die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und die Anwendung einer geschlechtergerechten Perspektive in allen Arbeitsbereichen einzubringen. Die damalige Ständige Vertreterin Österreichs bei United Nations Office Vienna (UNOV), Atomenergieorganisation (IAEA), vorbereitenden Kommission der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO PrepCom) und United Nations Industrial Development Organisation (UNIDO) war unter den ersten Gender Champions in Wien, ihre Nachfolgerin setzt dieses Engagement nahtlos fort.
- Ebenso war Österreich wieder aktiv in der „Group of Friends for Women in Nuclear“ tätig, einer Gruppe gleichgesinnter Staaten, die sich insbesondere für eine Erhöhung des Frauenanteils in verantwortlichen Positionen im Nuklearbereich einsetzt. Dabei handelt es sich einerseits um die Repräsentation von Frauen in internationalen Organisationen wie der in Wien ansässigen IAEA oder dem CTBTO PrepCom bzw. den Ständigen Vertretungen zu diesen Organisationen, aber auch allgemein um den Zugang von Frauen zu technischen und wissenschaftlichen Berufen in diesem Sektor.
- Regelmäßige informelle Zusammenkünfte der weiblichen Ständigen Vertreter am Amtssitz Wien bieten die Möglichkeit, das Engagement Österreichs in sicherheitsbezogenen Gender-Fragen unter Beweis zu stellen.
- Von 10. bis 12. Jänner fand eine Konferenz des Academic Council on the United Nations System (ACUNS) mit dem Titel „Achieving Gender Equality and Female Empowerment: A Collaborative Vision of SDG 5“ im Vienna International Center (VIC) statt. Die Konferenz wurde mit einer Rede der Ständigen Vertreterin Österreichs eröffnet, Österreich gab zudem einen Empfang für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der dreitägigen Konferenz.